

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Strandhaus 6. Fernsprechamt Danzig 287 08. Schriftleitung 216 80. Bezugspreis monatl. 3.- G. ...

27. Jahrgang

Freitag, den 15. Mai 1936

Nr. 113

England auch für das letzte Mittel
Die Frage der Sicherung des Friedens
Die Aufnahme der Ratstagung in Danzig
Die weitere Behandlung der Verfassungsfragen
Danzig und das „revolutionäre Recht“
Betrachtungen zur Gewerkschafts-Entscheidung

Bedeutungsvolle Rede des englischen Ministerpräsidenten — Die Frage der Friedenssicherung

England auch für das letzte Mittel

Nicht, daß es kriselte — das wäre zuviel gesagt — aber eine Risikostimmung macht sich breit, die manchmal schon bedenkliche Ausmaße anzunehmen droht.

Er sei nicht gewillt, die Schuld für die Ereignisse zu übernehmen, sagte Baldwin. Damit wollte er nicht nur eine persönliche Rechtfertigung seiner Politik vornehmen, sondern er wollte auch betonen, daß der Fehlschlag nicht auf das Konto Englands gehe.

Auf einer Massenversammlung der Frauengruppe der Konservativen Partei in der Londoner Albert-Hall hielt Ministerpräsident Baldwin am Donnerstagabend eine Rede, in der er die Grundzüge seiner Außenpolitik erläuterte.

Er habe stets erklärt, daß der berühmte Art. 16 — der Sanctionsartikel — ein neuer Weg für England und andere Staaten sei. Es sei ein Experiment in der internationalen Politik, niemals habe er die Ansicht vertreten, daß ein Fehlschlag in Verbindung mit diesem neuen Experiment das Ende des Völkerbundes bedeute.

Er sei nicht gewillt, die Schuld für die Ereignisse zu übernehmen.

Es sei bekannt, daß England mehr als ein anderer getan habe. England habe lediglich aus dem Bestreben heraus gehandelt, seine Verpflichtungen unter den Völkerbundsbedingungen zu erfüllen.

Welches seien die Ziele gewesen, an die alle gedacht hätten? Da er vor einer britischen Hörerschaft spreche, wolle er die Frage stellen, ob er dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn er sich als das erste Ziel die Sicherheit des eigenen Landes und des Reiches gesetzt habe.

Die Sühnmaßnahmen würden wahrscheinlich nicht zum Erfolge führen, solange nicht die in Frage kommenden Länder gewillt seien, das Risiko eines Krieges einzugehen.

Sächlich seien militärische Sühnmaßnahmen ein wesentlicher Bestandteil der kollektiven Sicherheit und auf längere Sicht zu leben — und bei Gelegenheit, vielleicht auch auf kürzere Sicht — könnten sie nicht vermieden werden.

Eine der Fragen, die geprüft werden müssen, sei die Durchführbarkeit automatischer Sanktionen. Das bedeute Vorkehrungen in den Völkerbundsstatuten, wonach für den Fall einer Feststellung des Völkerbundes, daß eine Anarrißhandlung vorliege, alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes automatisch zur Anwendung der Sanktionen aufgerufen würden.

In der heutigen Zeit unterhielten sämtliche Staaten Beziehungen untereinander. Er habe viel in dem Einfluß der kollektiven Meinung von Staaten im Falle eines Anarrißaktes, wenn dieser Einfluß rechtzeitig aufgelegt werde.

Er wisse nicht, so sehr Baldwin fort, ob es noch Leute gebe, die an den Erfolg einer „Politik der Vereinsamung“ glauben.

Glaube wirklich irgendein Verantwortlicher, daß England gleichgültiger als Frankreich oder Deutschland in der Frage des Schicksals irgendeines seiner Völker bleiben könnte? Das Problem, das jetzt in Angriff genommen werden müsse, sei die Prüfung der gesamten Frage der Sühnmaßnahmen und der kollektiven Sicherheit im Lichte der Ereignisse der Vergangenheit.

Die Schritte, zu denen man gelangen werde, würden für die Zukunft Europas vielleicht von großer Bedeutung sein. Seien die Nationen Europas, so fragte Baldwin, bereit, ihre Rolle bei der kollektiven Sicherheit zu spielen? Man könne an der kollektiven Sicherheit weder begrenzt noch stiller Teilhaber sein, noch sei die kollektive Sicherheit so zu verstehen, daß die gesamte Arbeit von der britischen Flotte getan werden müsse.

Der „Gegenangriff“ Baldwins

Eine Presseäußerung eines liberalen Abgeordneten

„Evening Standard“ veröffentlicht einen Aufsatz über die politische Stellung Baldwins aus der Feder des liberalen Unterhausabgeordneten Vernays. Angesichts der gegen ihn gerichteten Angriffe heißt es, habe Baldwin beschlossen, daß jetzt die Zeit für einen Gegenangriff gekommen sei.

Der englische Botschafter bei Hitler

Die Vorbereitungen Englands

Der Reichskanzler empfing gestern vormittag in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, den britischen Botschafter Sir Eric Phipps zu dem in der vergangenen Woche zwecks Ueberreichung der englischen Anfragen in Aussicht genommenen Besuch.

Weitere Ausschaltung der Heimwehr

Rann Starhemberg Führer der Miliz bleiben?

Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Oberst Adam, hat dieses Amt niedergelegt. Er bleibt jedoch weiterhin Bundeskommissar für Heimatdienst. Sein Nachfolger in der Führung des Generalsekretariats der Vaterländischen Front wird der neuernannte Generalsekretär im Bundeskanzleramt, Bernatta. Der Posten des Landwirtschaftsministers soll mit einem Vertreter der Bauernschaft besetzt werden.

Die vollständige Ausschaltung Starhembergs wird auch andere wichtige Veränderungen nach sich ziehen; man rechnet mit der Entlassung der Heimwehren. Die Trennung der Christlich-Sozialen von den Heimwehrsoldaten hat im demokratischen Ausland einen guten Eindruck gemacht.

Genfs Mahnung

Die letzte Ratstagung und die Lage in Danzig

In der Reihe der zahlreichen Völkerbundsstatuten, die sich mit Danziger Angelegenheiten zu beschäftigen hatten, wird auch die Bedeutung der jetzt abgeschlossenen nicht übersehen werden dürfen. Schon die Tatsache einer Verlängerung der Amtsperiode des mit Eifer und Objektivität um Lösung seiner schwierigen Aufgabe bemühten Hohen Kommissars Lester ist ein kennzeichnendes Ergebnis.

Es kommt in dieser Haltung des Rates, auch ohne daß er in offizieller Sitzung Danziger Fragen erörterte, eine sehr deutliche Stellungnahme zum Ausdruck. Es kann darum auch nicht wunder nehmen, daß die Danziger nationalsozialistische Presse sich über den Verlauf dieser Ratstagung sehr arg ausläßt. „Vorposten“ und „Neueste Nachrichten“ begnügen sich mit einem sehr kurzen Bericht und nehmen von einer Stellungnahme völlig Abstand, wodurch klar zu erkennen gegeben wird, daß man auf nationalsozialistischer Seite von dem Verlauf und Ergebnis der Sitzung durchaus unberührt ist.

Es kann schließlich nicht verkannt werden, daß der Völkerbundsrat sich diesmal in bezug auf eine Stellungnahme zum Danziger Verfassungskonflikt in einer besonders eigenartigen Lage befunden hat. Das Interesse der politischen Welt ist so gut wie ausschließlich von dem Ausgang des italienisch-abessinischen Krieges, seinen schwerwiegenden Auswirkungen auf die internationale Organisation der Völker und von der Frage der weiteren Behandlung des deutschen Schrittes vom 7. März erfüllt. Beide von so ungewohnter Tragweite erfüllten Punkte wurden von den Staatsmännern in Genf noch nicht für so weit geklärt gehalten, daß eine Behandlung im Rat als möglich angesehen wurde.

Dem Rat wird es aus den mannigfachen Gründen zweckmäßig erschienen sein, das ihm in Aussicht gestellte Ergebnis der in Flut befindlichen Erörterungen abzuwarten. Es ist ja tatsächlich, wie es auch in dem Bericht von Sean Lester heißt, ein außerordentlich weites Gebiet, dem die Bemühungen um Maßnahmen, damit im Geiste der Verfassung regiert wird, zu gelten haben.

Das Interpellations- und Budgetrecht des Volkstages, um nur einige entscheidende Punkte zu nennen, die bisher noch nicht geklärt sind. Der Senat hat zur Erfüllung der ihm im Januar vom Rat auf dem Weg gegebenen allgemeinen Empfehlung eine neue Frist bekommen. Auf dieser Linie liegt auch die stillschweigende weitere Zurückstellung der Petition auf Ungültigkeitserklärung der letzten Volkstagswahl. Der Rat hat davon Abstand genommen, dem Senat die erstrebte Anerkennung für die bisher getroffenen Maßnahmen auszusprechen. Er hat es im Gegenteil vorgezogen, die Autorität des hohen Kommissars gerade im Hinblick auf die vorerst der weiteren direkten Regelung überlassenen Verfassungsstreitfragen zu unterstreichen. Es liegt also zunächst in der Hand des Senats, ob die Frage verfassungsmäßiger Zustände in einem befriedigenden Sinne ihre Lösung finden wird. Die für Wahrung des demokratischen Staatsgrundgesetzes einsetzenden Parteien werden zunächst abwarten, ob die berechtigten Forderungen ihre Erfüllung finden. Sie wissen, daß sie so oder so doch zu ihrem Ziele kommen werden.

## Gesiegt — und weiter?

Geld, der entscheidende Faktor

Nicht nur für den Völkerbund, sondern in ebenso hohem Maße auch für Italien ist der „Fall Abyssinien“ noch nicht abgeschlossen. Gewiß hat Italien das schwarze Kaiserreich militärisch besiegt und man kann annehmen, daß die Diskussion schnellstens durchgeföhrt wird. Mögen sich noch eine Reihe anderer Protekte den bereits vorabgebrachten Mißbilligungsfundebungen anschließen; sie dürfen alle nicht überhastet werden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die Italien zu juchten hat. Von denen liegt die eine auf militärischer, die andere auf finanzieller Seite. Die militärische Aenderung könnte nur von England kommen. England ist aber durch die Politik der letzten Jahre militärisch nicht auf der vollen Höhe der für ein wirkliches Weltreich notwendigen Machtentfaltung. Es scheint demnach, daß Italien militärisch zu bewertende Einsprüche nicht zu erwarten hat.

Gewichtiger aber ist die finanzielle Lage.

Von diesem Gesichtspunkt aus besteht in recht maßgeblichen englischen Kreisen der Wunsch nach Aufrechterhaltung der Sanktionen. Man vermutet oder hofft, auf der Basis der Sanktionen die Finanzierung des neuen Reiches — deren Italien bei erschöpften eigenen Mitteln dringend bedarf — durch die Welt der Hochfinanz verhindern zu können.

Die Situation in Abyssinien ist ja lediglich vom militärischen Standpunkt aus einigermassen in Ordnung, wenn gleich auch hier noch fast die Hälfte des Nischenreiches zu besetzen ist. Italien kann aber nicht jahrelang eine sehr große Armee in Abyssinien lassen. Der Abzug der Truppen wird nach Maßgabe der verwaltschaftlichen Veberrichtung des Gebietes erfolgen können. Das Volk in Abyssinien scheint ja kriegsmüde zu sein und wird dem Gedanken huldigen, daß es ihm unter italienischer Herrschaft sicher nicht schlechter gehen wird als unter derjenigen ihrer immerhin recht hart auf eigenen Erwerb bedachten Stammesfürsten. Auch hier findet man keine besonderen Schwierigkeiten für Italien, abgesehen von vielleicht noch anfallenden Einzelkämpfen, die aber kein militärisches Problem großer Art mehr bilden können. Aber was dann? Abyssinien ist ein reiches Land, in dem Gold und Metalle vermutlich in großen Mengen zu finden sind und in dem Baumwolle in gewaltigen Mengen gepflanzt werden kann. Beides ist für die italienische Volkswirtschaft von großer Bedeutung.

Esch ist von hier geordnet Häuberte zu organisieren, sehr v Geld notwendig, viel mehr Geld, als Italien hat.

beispielsweise denn in Abyssinien investieren kann. Daran ergötzt sich einerseits der Strom derer, die Geld verdienen wollen, nach Abyssinien, welcher Strom durch politische Maßnahmen auf Italien beschränkt werden kann, andererseits aber auch der Zufluß des Weltgeldes, sich hier auszuwirken und zu vermehren, welcher Zufluß der reinen Italianisierung der Unternehmungen diametral gegenübersteht. Zudem sind schon Schatzkammern und Konzepte vorhanden, die immerhin doch als private Rechtsmittel nicht ohne weiteres unter den Tisch gewischt werden können und auch von Italien sicher als Vorkmittel für internationales Geld beachtet und berücksichtigt werden. Und sie sind es auch, die einen durchschlagenden Sanktionenerfolg auf dem Anleihemarkt verhindern werden.

Geldinteresse kennt keine Ideale und kennt keine politische Solidarität.

und es ist anzunehmen, daß die Regierung der Staaten eine größte Macht in der Durchführung eines politischen und ökonomischen gar nicht einseitigen Programms entfalten werden, als das Geld und sein dringender Wunsch nach Anlage und Vermehrungsmöglichkeiten sie entzweit.

Aber auch, wenn das Geld kommen wird, wird es noch genug Schwierigkeiten mit dem neuen Reich geben, genug Auseinandersetzungen und genug Streit. Denn es wäre laienhaft gedacht, wenn man nur annehmen wollte, daß sich jede investierte Tuna schon im nächsten Jahre glänzend bezahlt macht. Zunächst wird das abyssinische Reich noch immer viel litten, eine Armee und ein Heer von Arbeitern benötigten, um nur einmal die Bedingungen zu schaffen, auf denen ein zukunftiger wirtschaftlich erfolgreicher Aufbau sich gestalten kann. Dazu braucht Italien Geld, und wenn es kein Geld bekommt, so bleibt ihm Abyssinien ein nicht auszahlbarer Besitz. Das ist die Hoffnung der Sanktionisten. Manne glauben nicht an sie. Doch wird die Frage des Geldes, das Italien bekommt, von der Art und Weise abhängen, in der man Raschidat bei den europäischen Problemen zusetzt.

## Die Propaganda-Methoden des Krieges

Wie man die Forderung von Dum-Dum-Geschossen aufzuweisen sollte

Der „Daily Herald“ berichtet eine sensationelle Geschichte über einen Kaufvertrag von drei Millionen Dum-Dum-Geschossen für Abyssinien, der offenbar unter Androhung der Unterstützung des abyssinischen Schmittens in London eingeleitet wurde, um der italienischen Regierung ein Dokument in die Hand zu spielen, das als Material zur Propaganda gegen Großbritannien benutzt werden könnte.

Ein gewisser Oberst Charles Regier, so heißt der „Daily Herald“, überreichte den abyssinischen Schmittens, einem Auftrag zum Kauf von 3 Millionen Stück Patronen mit Weisheitsgeschossen in Erwartung von Unterstützung. Die Patronen wurden tatsächlich niemals geliefert, dagegen fand Photographie des unterzeichneten Kaufvertrages von der italienischen Regierung dem Kaiserreich „als Beweismaterial“ zugegangen. Der abyssinische Schmittens habe, wie der „Daily Herald“ weiter berichtet, offen zugestanden, daß er das Dokument unterschrieben, ohne genau zu wissen, daß es sich um Weisheitsgeschosse in der Menge von 3 Millionen handelte. Er habe nicht mehr in der Angelegenheit gehandelt, als der westliche Oberst Regier bei London verfahren.

Ausforschungen ergaben, daß die Firma, die Fräsen der Patronen an die Bestellung lieferte, tatsächlich keine Staatsfirma war, sondern ein einzelnes Geschäft für Jagdmunition

in Birmingham ist. Aber nicht nur der Kaufvertrag, sondern auch die Korrespondenz, die irgendeinen Zusammenhang damit hat, sowie Bilder der angebotenen Dum-Dum-Geschosse sind auf photographischem Wege reproduziert worden.

## Der „Juridizier“

Nach einer Meldung aus Genf hat die italienische Regierung den Völkerbund gebeten, von der Veröffentlichung der italienischen Note über den angeblichen Gebrauch britischer Dum-Dum-Geschosse in der abyssinischen Armee abzusehen. Wie die „Daily Telegraph“ mitteilt, wird infolgedessen auch die Veröffentlichung der britischen Antwort vorläufig nicht erfolgen. Wie erinnerlich, war man in London schon seit zwei Tagen gespannt auf die angekündigte „geharnischte“ englische Antwort.

Die italienische Kammer

Ist am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr zu einer feierlichen Sitzung zusammengetreten, in der die beiden Dekrete von Sonnabend nach über Abschnitten angenommen wurden. Der Sitzung kam nur formale Bedeutung zu. Mussolini beteuerte dabei wieder, daß Abschnitten endgültig italienisch sei. Sämtliche Deputierte waren in Schwarzhemdenuniform erschienen.

## Hochspannung in Palästina

Steuerfreit und Ungehorsamsfeldzug der Araber ausgerufen

Die Verhandlungen zwischen dem Oberkommissar von Palästina und den arabischen Parteiführern sind abgebrochen worden, da keine Einigung herbeigeföhrt werden konnte. Die Araber riefen daraufhin den Steuerfreit und den Ungehorsamsfeldzug aus. Mit dem heutigen Tage beginnen der Steuerfreit und andere Widerstandsmaßnahmen.

Am Donnerstagnachmittag, dem Vortage des Schlußtermins des arabischen Ultimatum auf Abstellung weiterer jüdischer Einwanderung nach Palästina und anderer Forderungen, die von den Engländern, wie anzunehmen war, bisher abgelehnt worden sind, ist die Nervosität in Jerusalem auf das höchste gestiegen. Überall in der Stadt zeigen sich Militärpatronen. Die neu eingetroffenen Militärverbände bilden das Tagesgespräch. Die Stimmung der arabischen Bevölkerung, die für heute entscheidende Ereignisse erwartet, ist derart, daß man befürchten muß, daß sie diesmal nicht ohne weiteres zu beruhigt sein wird, selbst wenn die Führer der arabischen Bewegung dies noch einmal wünschen. Die Haltung der britischen Kreise läßt vermuten, daß sie entschlossen sind, auf jeden Fall etwaige Unruhen mit allen Kräften zu unterdrücken.

Der Oberkommissar von Palästina empfang am Mittwoch eine jüdische Abordnung, die u. a. Botschaften darüber führte, daß die britischen Schutzmaßnahmen unzulänglich seien. Sie verlangten entschiedenes Vorgehen gegen Terrorakte, denen sie in den letzten Wochen immer wieder ausgesetzt waren. Der Oberkommissar ging auf ihre Klagen ein und sicherte ihnen zu, daß die Regierung in den nächsten Tagen unbedingt Herr der Lage sein werde. Der Ausnahmezustand ist jetzt auch auf Teile der Jerusalemer Altstadt ausgebreitet. Vor dem Damaskustor sammelten sich Demonstranten.

## Volkstfront-Regierung ohne Kommunisten

Die Antwort an den Landestrat der Sozialistischen Partei

Das politische Büro der Kommunistischen Partei hat am Donnerstagabend dem Landestrat der Sozialistischen Partei auf die Einladung, an der neuen Regierung teilzunehmen, geantwortet. Wie vorausgesehen war, ist die Antwort ablehnend ausgefallen. Sie ist jedoch außerordentlich freundschaftlich abgefaßt und bringt erneut zum Ausdruck, daß die Kommunistische Partei eine Regierung unter sozialistischer Führung ohne Vorbehalt unterstützen werde.

Der Sozialistenföhrender Leon Blum nimmt im „Populaire“ bereits zu der Antwort der Kommunistischen Stellung. Diese werde, so schreibt er, in der Sozialistischen Partei und in den Massen, die hinter der Volkstfront ständen, lebhaftest Enttäuschung auslösen. Abschließend erklärte Leon Blum jedoch, daß die Sozialisten so vollständig loyal und freundschaftlich mit der Kommunisten zusammenarbeiten würden, als wenn diese sich tatsächlich an der Regierung beteiligten.

Chantemps der kommende Außenminister?

In den Wandlungen der Kammer laufen wieder einmal verschiedene Ministerkrisen um. Wenn diese Voraussetzungen auch in den nächsten Tagen und Wochen noch den mannigfaltigsten Änderungen unterliegen können, so kann man doch bereits mit einiger Sicherheit annehmen, daß nicht Paul-Boncour der nächstfolgende Mandant am Quai d'Orsay werden wird, sondern der radikalsozialistische Senator Chantemps. Daladier scheint für den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten anzufragen zu sein und außerdem dürfte er das Kriegsministerium übernehmen.

## Neuer Präsident der Bank Italiens

Die-Comptroller Bank erannt

Das Dekret des polnischen Staatspräsidenten ist gestern zum Präsidenten der Bank von Polen an Stelle des kürzlich zurückgetretenen Obersten Adam Rec der Vice-Comptroller Bank Stanislaw Duda, Direktor der Leipziger Industrie- und Handelskammer, ernannt worden. Radomilsky wurde der neue Comptroller der Bank ernannt. Der neue Präsident ist 1883 in Sankt geboren. Er absolvierte die Ingenieurwissenschaften in Warschau und trat dann in das Finanzministerium ein. Seitdem verleierte er verschiedene Posten im Finanzministerium und im Landwirtschaft. Er war im Jahre 1921 einer der Organisatoren der polnischen Landwirtschaftsbank und deren Generaldirektor. Nach der polnischen Landeshauptstadt ist später die Bank von Polen herangezogen.

Der Gesandte bei der Bank von Frankreich. Nach dem Sachverhalt der Bank von Frankreich betrug der Goldbestand in der Woche bis zum 8. Mai 2,73 Milliarden Franken. Der Goldbestand in derselben Zeit ist jedoch nur um etwas mehr, als 120 Millionen Franken zurückgegangen. Die Goldhaltung ist so nur noch 645 k. g. auf 623 k. g. zurückgegangen.

Der norddeutsche Außenminister in Berlin. Der norddeutsche Außenminister, Professor Röh, ist Mittwochabend auf der Durchreise in Berlin eingetroffen und hat Donnerstagmorgen in Begleitung des norddeutschen Generalkonsuls beim Reichsaussenminister des Reichsaussenministeriums, Rönne, einen Besuch abgelegt. Der norddeutsche Außenminister hat am Donnerstag um 14 Uhr im Rangierhaus des Hauptbahnhofs aus Berlin wieder abgereist.

Erklärung der Zölle in Belgien. Die Regierung hat die Erklärung abgegeben über die Einführung der Zölle in Belgien in erster Lesung angenommen. Die belgische Landesregierung hat am Donnerstag durch den Vorsitzenden der belgischen Delegation dem Reichsaussenminister mitgeteilt, daß die Regierung sich entschlossen ist, dem Reichsaussenminister nach Einführung der Zölle die Erklärung zu tragen, wie der Ausbruch eines polnischen Staatskrieges zwischen der Regierung und der Landesregierung beabsichtigt.

## Thomas vor dem Untersuchungsausschuß

Der englische Kolonialminister sagt aus — Die Rolle seines Sohnes

Gestern vormittag fand die mit Spannung erwartete Vernehmung des Kolonialministers Thomas statt, der vor dem Untersuchungsausschuß zwecks Aufklärung des Versicherungsstandes geladen war. Thomas sprach zunächst von seiner zwanzigjährigen Freundschaft mit Bates, die sich auf ihre Söhne übertragen habe. Mit aller Entschiedenheit versicherte er, daß er Bates keine Informationen über das Budget habe zukommen lassen. Thomas gab zu, daß er in Geschäftsverbindung mit Bates stand, und zwar hinsichtlich der Veröffentlichung der Selbstbiographie. Thomas zeigte sich ungehalten darüber, daß sein Briefwechsel mit Bates veröffentlicht wurde, nicht wegen der Selbstbiographie, sondern wegen des Kaufes, das er für seine Frau kaufen wollte.

Thomas schilderte Johann, wie einer seiner Freunde zu ihm ins Unterhaus kam und ihm sagte, daß

der Name seines Sohnes in dem Versicherungsstandat genannt

werde. Darauf rief er seinen Sohn, der auf einer politischen Versammlung in der Provinz sprach, telefonisch an und forderte ihn auf, sofort nach London zurückzukommen. Dort stellte er ihn unverzüglich zur Rede. Sein Sohn habe ihm gesagt, daß Bates ein sehr guter Freund und Kunde von ihm war, für den er Transaktionen für Tausende von Pfunden vorgenommen habe. Bates habe ihn beauftragt, einige seiner mündel-sicheren Papiere zu verkaufen und sich überhaupt um seine Wertpapiere zu kümmern. Thomas fuhr dann fort: „Als mein Sohn eine Liste über die Wertpapiere sah, rief er ihm, sie zu verkaufen. Bates erklärte dann, er wolle sich gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer sichern, da er durch sie sehr betroffen würde. Mein Sohn sagte darauf zu Bates, daß dies nicht seine Sache sei, er werde aber sehen, was er tun könne. Mein Sohn erklärte mir dann ausführlich, was danach geschehen war, und daß es sich um einen Betrag von etwa 4000 Pfund handelte. Ich fragte meinen Sohn, ob dies alles sei, was er getan habe. Er antwortete mir: Ja. Ich fragte ihn weiter, ob er irgend etwas für sich selbst getan habe, worauf er erwiderte, nicht einen einzigen Pfennig; es ist aber meine Pflicht, einem Kunden zu helfen.“ — Bates war ein guter Kunde von Leslie Thomas' Firma. Der Kolonialminister fuhr dann fort, er habe darauf sofort Bates zu sich bestellt und ihn gefragt, was ihm denn als altem Freund einfalle, Leslie in dieser Weise zu verwickeln.

Thomas wurde Johann gefragt, ob er irgendwelche Schritte unternommen habe, als er die verdächtigen Bemerkungen hörte. Thomas erwiderte darauf, daß er sich zu Baldwin begeben habe. Baldwin aber habe gesagt, daß dies eine Angelegenheit des Schatzkanzlers sei. Thomas erklärte im Verlauf seiner weiteren Aussagen, daß er die Unterjuchung des Budgettribunals sehr begrüßt habe und sich selbst an den Präsidenten des Tribunals gewandt habe mit der Bitte, Aussagen machen zu dürfen, um dadurch den Gerüchten, die über ihn kursierten, entgegenzutreten. Thomas gab zu, daß er Sir Alfred Butt, der bekanntlich ebenfalls in die Budgetversicherungs-affäre hineingezogen ist, sehr gut kenne. Thomas erklärte dann, daß die über ihn umlaufenden Gerüchte ihm selbst große Sorgen gemacht hätten, und

daß er sich stark überlegt habe, ob er zurücktreten solle.

Ein Freund, der nicht dem Kabinett angehörte, und den er diesbezüglich befragte, habe ihm aber entschieden davon abgeraten, indem er sagte, daß ein derartiger Schritt nur falsch anzulegen werde. „Ich schloß mich dieser Ansicht an“, fuhr Thomas fort. Thomas fügt im weiteren hinzu, daß Sir Alfred Butt ihm zuerst die Tatsache mitgeteilt habe, daß der Name Leslie Thomas im Zusammenhang mit den Budgetindiskretionen genannt worden sei.

In der Unterjuchung über den Versicherungsstandat wurden am Donnerstag nachmittags zahlreiche neue Zeugen vernommen, die mittelbar oder unmittelbar an den Versicherungspekulationen im Zusammenhang mit den Haushaltsverhörungeu beteiligt waren. Besonders Auffehen erregte die Aussagen des Börsenmaklers Marriott. Er teilte zunächst mit, daß er am 20. April, einen Tag vor der Haushaltsveröffentlichung, von dem Finanzmann Laterton unterrichtet worden sei, daß die Einkommensteuer erhöht werde. Laterton seinerseits habe die Information von Dr. Croes erhalten. Auf die Frage des Richters, woher Croes seine Informationen bekommen habe lautete die Antwort: „Von einem großen Freund“. Diese Person wiederum sei

mit dem Kolonialminister Thomas befreundet

gewesen. Der Makler Marriott sagte ferner aus, daß er Laterton ein Geldscheck von 100 Pfund verschrieben habe, wenn seine Aussage über die Steuererhöhung zutreffe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte es sich heraus, daß auch die Bank von Athen im Auftrag eines Kunden eine Versicherungspolice bei Loyds in Höhe von 200 Pfund untergebracht hatte. Dieser Kunde, ein Mr. Vergottis, sagte aus, daß er mit dem Sohne Winston Churchill einen Streit über die Frage gehabt habe, ob die Einkommensteuer erhöht werde oder nicht. Der junge Churchill habe erklärt, daß er das für möglich halte.

Am Freitag wird das Gericht einige Zeugen von der Bank von Athen vernehmen.

## Die Reise Minister Weas nach Belgrad

Der seit längerer Zeit geplante Besuch des polnischen Außenministers Weas in Belgrad wird voraussichtlich am 24. oder 25. Mai stattfinden. Der genaue Termin soll nach der Rückkehr des Ministers Weas aus Genf festgelegt werden.

Wegen Landesverrats verurteilt. Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Der Volksgerichtshof hat die tschechoslowakischen Staatsangehörigen Alfons Böhm aus Bodenbach in der Ehe-schlowakei und Josef Böhm aus Kriechwitz-Letzchen in der Etschschlowakei wegen Landesverrats verurteilt, und zwar Alfons Böhm zu lebenslangem Zuchthaus und Josef Böhm zu acht Jahren Zuchthaus.

Beerdigung der englisch-sowjetrussischen Flottenverhandlungen. Wie verlautet, sollen die englisch-sowjetrussischen Verhandlungen über einen zweiseitigen Flottenvertrag, die auf der Grundlage des neuen Londoner Flottenvertrages zwischen England, Frankreich und Amerika aufgenommen werden, in Kürze beginnen. Der sowjetrussische Marineattaché in London, Kommandant Tschibulsky, kehrte Anfang dieser Woche mit Vorkommnissen zur Besprechung des neuen Vertrages aus Moskau zurück. Die Sowjetbotschaft ist mit dem Foreign Office wegen der Vorbereitung der Flottenverhandlungen in Verbindung getreten.

Wartung der jüdischen Kleinrentner. In den letzten Wochen ist in Berlin auffallend vielen jüdischen Kleinrentnern die staatliche Unterstützung entzogen worden, die sie als Justitionsbeschädigte bisher bezogen. Auf eine Beschwerde hin wurde von den Behörden nach einigem Zögern gemerkt, daß die Betroffenen ja in der Zwischenzeit ihren Lebensunterhalt bestritten und damit bezweifellos, daß sie einer öffentlichen Unterstützung nicht bedürften.

# Wirkungen der „nationalen Revolution“ auf Danzig?

Drei Jahre haben die Danziger Gerichte gebraucht, um zu einer endgültigen Entscheidung über das Schicksal der alten Danziger freien Gewerkschaften zu kommen. Das Publikum wird deshalb gereizt sein, in der Entscheidung, die das Obergericht nunmehr gefällt hat, eine besonders gründliche Auseinandersetzung mit den gewerkschaftlichen Problemen zu suchen. Die der Presse zur Verfügung gestellte Begründung — die vollständige Begründung steht noch aus — läßt jedoch jede Erwägung vermissen, die den in diesem Prozeß unterlegenen Teil — die Arbeiterschaft — überzeugen könnte.

Die Danziger Verfassung gibt in Artikel 113 den Arbeitern das Recht, sich zur Wahrung ihrer Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zusammenzuschließen. Als die Verfassung in Kraft trat, bestanden bereits Gewerkschaften. Nichts lag also für die Gewerkschaftler näher, als an den bestehenden Zustand anzuknüpfen und die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben den bestehenden Organisationen anzuvertrauen.

Immerhin aber waren es Aufgaben, die die Danziger Verfassung den Gewerkschaften stellte, und die in Danzig erfüllt werden mußten: Tarifverträge abzuschließen, die Wahl von Betriebsvertretungen zu betreiben, und die Gewählten zu beraten, Rechtsauskünfte in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten zu erteilen, Unterstützungsrichtungen zu schaffen und zu verwalten. Man kam deshalb sehr bald zu dem Ergebnis, daß die Selbstständigkeit der Freien Stadt Danzig auch eine Verleibung der gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf dem Gebiet Danzigs betätigen, verlangt, damit sie ihre öffentlich-rechtlichen Aufgaben in Danzig erfüllen können. Dem Obergericht ist der Nachweis erbracht worden, daß im Jahre 1920 sowohl den Gewerkschaften im Gebiet der Freien Stadt Danzig als auch den Gewerkschaften in dem an Polen abgetretenen Gebiet des Deutschen Reiches vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Zentralverbanden volle Handlungsfreiheit zugesichert wurde.

Die Danziger Gewerkschaften haben auf Grund dieser Vereinbarung eine besondere Spitzenorganisation, den „Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig“ gegründet,

der bis zum Jahre 1933 nach diesem im Jahre 1920 beschlossenen Statut gelebt hat.

Selbstverständlich war es deshalb nicht notwendig, daß nun auch alle Beziehungen zwischen den einzelnen Fachgewerkschaften und den Berliner Zentralen gelöst wurden. Die sozialen Verhältnisse in Danzig waren die gleichen wie im Reich. Die Danziger Verfassung stimmte mit der deutschen fast wörtlich überein. Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen waren die gleichen. Die neue deutsche Gesetzgebung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts wurde von Danzig regelmäßig übernommen. Nichts lag näher, als bei dieser Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse auch gewisse Beziehungen von anderer und finanzieller Art aufrecht zu erhalten. Dort aber, wo es sich um die Erfüllung der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben handelte, haben die deutschen Zentralen niemals den Versuch gemacht, die Danziger Gewerkschaften zu bevormunden. Es gibt in Danzig nicht einen Tarifvertrag, der von Berliner Bevollmächtigten unterzeichnet wurde, bei dem ein Berliner Bevollmächtigter mitgewirkt hätte. In der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Entwicklung in Danzig haben die Danziger Gewerkschaften nach ihrer Kenntnis der Danziger Verfassung und nach ihrer Ansicht über die politische Zweckmäßigkeit und soziale Notwendigkeit mitgewirkt, ob sie nun im Einzelfall meinten, daß die Übernahme deutscher Bestimmungen wünschenswert sei, oder daß man im Einzelfall besondere Wege gehen müsse.

Das Danziger Obergericht sieht von alledem nichts. Es erwähnt weder die Verfassung, noch die in ihr bestimmten Aufgaben der Gewerkschaften.

Es überläßt die Tatsache, daß niemals ein Anlaß dazu bestand, die Trennung von Deutschland als unübersteiglichen Abgrund in Erscheinung treten zu lassen, daß niemals eine formelle Lösung von den deutschen Zentralen erforderlich war, weil sie sich nicht anmaßen, die Danziger Gewerkschaften zu bevormunden, daß man niemals nötig hatte, den sich in ähnlicher Richtung entwickelnden deutschen Gewerkschaften förmlich zu erklären, daß irgendwann einmal der Tag kommen könne, an dem man grundsätzlich ihre Entwicklung nicht mehr mitmachen würde, zumal alles das, was zur Erhaltung der Selbstständigkeit notwendig war, durch die Schaffung einer eigenen Spitzenorganisation gewährleistet wurde. Das Obergericht spricht von einer revolutionären Entwicklung in Deutschland im Jahre 1933, aber es sieht nicht, daß gerade diese revolutionäre Entwicklung in Deutschland eine Kluft zwischen Danzig und Deutschland aufgerissen hat, daß erit von diesem Augenblick an es notwendig war, diese Erklärung abzugeben, man wolle nicht mehr dem deutschen Beispiel folgen. In Danzig steht die Verfassung in Kraft. Hier besteht immer noch die Koalitionsfreiheit für die Arbeiterschaft. Hier besteht das Recht der Arbeiterschaft, sich zusammenzuschließen und durch ihren Zusammenschluß um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen. In Deutschland ist die Verfassung beseitigt. Dort ist die Arbeiterschaft auf die Hilfe des Staates angewiesen. Dort ist ihr verboten, über ihre Angelegenheiten selbstständig zu beraten und ihre organisatorischen Kräfte für ihre Interessen einzusetzen. In dem Augenblick, als diese Entwicklung in Deutschland begann, haben die freien Gewerkschaften in Danzig erklärt, daß jetzt keine Möglichkeit mehr bestehe, die rechtlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten. In diesem Augenblick hatten sie alle Veranlassung, den Trennungsstriem zu ziehen und so deutlich wie möglich zu zeigen, daß bis dahin trotz der staatlichen Verleibung nicht erforderlich war. Das Reichsministerium der Reichsverfassung erst hat die Danziger Gewerkschaften soweit von den deutschen getrennt, daß die Aufrechterhaltung der alten brüderlichen Beziehungen nicht mehr möglich war. Die freien Gewerkschaften haben deshalb in dem Augenblick, als das Schicksal der deutschen Gewerkschaften berichtigt erschien.

endgültig von der Verleibung Gebrauch gemacht die ihnen bei der Verleibung Danzigs eingeräumt war, nämlich die der besonderen Verhältnisse in Danzig von Deutschland getrennt zu leben und eigene

Das Obergericht der Freien Stadt Danzig aber fast, daß diese Verleibungsverfügungen im April und Mai 1933 eingeführt. Alle der Danziger, und deshalb unwirksam seien. Man hat sich vergeblich, was die Angehörigen der Freien

Gewerkschaften in Danzig nach Ansicht des Obergerichts eigentlich hätten tun sollen, um sich vor dem Schicksal ihrer deutschen Kollegen zu schützen. Sollten sie, die sich doch — selbst nach Ansicht des nationalsozialistischen Professors Grimm — in besonders hohem Maße mit Deutschland verbunden gefühlt haben, zu einer Zeit einen übertriebenen scharfen Trennungsstriem ziehen, als die verfassungsrechtliche Grundlage ihrer Tätigkeit in Danzig und Deutschland völlig die gleiche war und eine Aenderung dieser Gleichheit unvorstellbar erschien? Oder sollten sie sich an die NSD-Kommisare wenden, die nach dem 2. Mai 1933 die Gewerkschaften in Deutschland in Besitz genommen hatten, um sie zu bitten, ihnen die Freiheit zu belassen?

Man kann sich kaum vorstellen, daß das Danziger Obergericht nicht gesehen hat, daß es sich bei den Gewerkschaften um etwas anderes handelt als Mittelschichten oder sonst irgendwelche Institute, die nur zur Verwaltung von Vermögenswerten da sind. Das Vermögen der Gewerkschaften diente dazu, jedem einzelnen Mitglied in der Not zu helfen und ihm die Erfüllung der Rechte zu sichern, die ihm das Statut zuteilte. Jeder Gewerkschaftler hatte also ein bestimmtes Anrecht auf das Vermögen. Wenn das Obergericht meint, daß das aus den Beiträgen der Mitglieder angesammelte Vermögen zu irgend einem anderen Zweck verwendet werden darf, dann kann man ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß es das Wesen der Gewerkschaften so grundlegend wie nur möglich verkennt.

Es interessiert in diesem Zusammenhang kaum, ob die deutsche Entwicklung rechtmäßig war oder nicht, denn sie ist zunächst eine vollzogene Tatsache. Es wird auch niemand bestreiten, daß es in Deutschland eine Möglichkeit gewerkschaftlicher Betätigung nicht gibt.

Aber es wird niemand verstehen, warum in einem Lande, dessen Verfassung die Tätigkeit der Gewerkschaften garantiert, das zur Durchführung dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit bereits angesammelte Vermögen gewerkschaftsfeindlichen Kräften ausgeliefert werden soll.

Gewiß, die Danziger freien Gewerkschaften haben die Möglichkeit gehabt, eine neue Organisation zu gründen. Es ist auch nicht weiter wichtig, daß sie bei dieser Neugründung nur einen Teil der Mitglieder der alten Organisationen übernehmen konnten, weil es immerhin etwas anderes ist, ob jemand im Jahre 1933 Mitglied einer freien Gewerkschaft wurde oder es nach alter Gewohnheit blieb. Es ist vielleicht nicht einmal entscheidend, daß weite Kreise der Arbeiterschaft der neuen Organisation fern blieben, weil sie nicht glaubten, auf die Unterstützungsansprüche verzichten zu können, die sie gegen die alte Organisation hatten.

Es ist aber unerklärlich, wie das Obergericht begründen will, weshalb diejenigen, die eine statutenwidrige Entwicklung nicht mitmachen wollten, benachteiligt werden. Sie verloren ihre Unterstützungsansprüche, zu deren Erfüllung sie jahre- und jahrzehntelang Beiträge geleistet hatten. Sie mußten sich in einer kleineren und wegen ihrer Jugend schwächeren Organisation einrichten und infolgedessen auf die Hilfe verzichten, die ihnen die Kraft der alten anerkannten Organisation in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten geboten hätte.

Die Danziger Justiz hatte Gelegenheit, einen ungerechten Zustand zu beheben, der vor drei Jahren unter dem erschütternden Eindruck der Vorgänge in Deutschland zustande gekommen war. Es ist tief zu beklagen, daß das höchste Danziger Gericht diese Chance hat vorüber gehen lassen.

Fast noch mehr im Interesse der Autorität des Gerichts als im Interesse der Gewerkschaft. Wir wissen, daß das Geld, um dessen Besitz gestritten wurde, nicht mehr vorhanden ist und daß es, wenn die freien Gewerkschaften den Prozeß gewonnen hätten, kaum möglich gewesen wäre, die alte Organisation wieder ins Leben zu rufen.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben vom Obergericht im Grunde nichts anderes verlangt, als die Feststellung, daß die Verfassung verletzt und ihnen Unrecht geschehen ist.

Noch vor zwei Jahren, als das erschütternde Schicksal der Affen eine schnelle Entscheidung des Prozesses unmöglich

machte, hätte eine Abweisung der Klage des Herrn Kozdzia praktische Bedeutung gehabt. Die Arbeitsfront hätte sich dann nur noch auf solche Leute stützen können, die wegen ihrer mangelnden Erkenntnis ihrer sozialen Lage niemals organisiert gewesen waren und ohne Angst und Druck auch niemals hätten von ihr organisiert werden können und schon damals ein unruhiges Ende gefunden. Jetzt nach diesen drei Jahren aber, in denen die Arbeitsfront Gelegenheit gehabt hat, ihre Unfähigkeit zu erweisen, die ihr gründlicher das Rückgrat gekrochen hat, als es eine gerichtliche Entscheidung hätte tun können, braucht man, um ihren endgültigen Tod herbeizuführen, kein obergerichtliches Urteil mehr. Seine Bedeutung hätte aber darin bestehen können, daß durch das höchste Danziger Gericht endlich einmal festgestellt wird, daß die Danziger Verfassung eine heimgangene Nachahmung der deutschen Entwicklung nicht duldet. Wenn, wie hier, die deutschen Ereignisse Gesetzen gehorchen, die in striktem Gegensatz zu den Grundfäden der Danziger Verfassung stehen, dann darf nicht einmal das natürliche Gefühl der Volkverbundenheit dazu verführt, dieser deutschen Entwicklung irgendeine Bedeutung für Danziger zuzumessen. Es ist verfehlt, wenn das Obergericht meint, daß es in einer Gewerkschaft möglich war, daß die Zentralverwaltungen die örtlichen Bevollmächtigten abberufen und damit die demokratische Kontrolle der Mitglieder über die Führung ihrer Geschäfte aufheben könnten. Es ist uns unverständlich, wie das Obergericht diese Entlastung übersehen konnte. Aber die Arbeiterschaft hat sich seit langem damit abfinden müssen, daß ihren Organisationen und der Bedeutung, die sie für sie haben, in der Schicht der Intellektuellen und insbesondere der Richter nur sehr wenig Wert beigemessen wird. Unzugänglich aber sind uns die Überlegungen, die dazu führen können, Murrpatoren das Recht einzuräumen, die Geschicke der Gewerkschaften zu gestalten. Hätten sich die Vorgänge vom 2. Mai 1933 in Danzig abgespielt, so wäre wohl keiner der fünf Richter, die an dieser Entscheidung mitgewirkt haben, auch nur auf den Gedanken gekommen, sie als rechtmäßig anzusehen. Weil sie sich aber in Deutschland abgespielt haben, meint das Gericht, sie als bindend hinnehmen zu dürfen. Es gibt nach unserer Ansicht nur eine Erklärung für diese Meinung, daß nämlich das Obergericht der Freien Stadt daran vorüber gegangen ist, daß neben den Grundfäden der Danziger Verfassung kein Gesetz und keine Verwaltungsmaßnahme Bestand haben kann, die mit ihnen in Widerspruch steht. Wenn die deutsche Entwicklung sich von den Grundfäden der sozialen Demokratie entfernt, dann bleiben dennoch in Danzig diese Grundfäden in ungezügelter Kraft bestehen und müßten

jeden Versuch verhindern, die Folgen dieser deutschen Entwicklung in Danzig zu verwickeln.

Der Fall „Gleichschaltung der Gewerkschaften“ ist sicherlich einer der größten und meist diskutierten Prozesse, die in Danzig seit 1933 stattgefunden haben. Wenn das Obergericht selbst in diesem Falle nicht mit der notwendigen Deutlichkeit erkennt, daß zwischen Danzig und Deutschland nun einmal eine Grenze besteht, und daß diese Grenze gerade in rechtlichen Angelegenheiten nicht übersehen werden kann, nachdem die Grundfäden, nach denen sich die Rechtsentwicklung zu richten hat, nämlich die Verfassungen, in ihren Grundzügen verschiedene geworden sind, dann wird sich niemand des Eindruckes erwehren können, daß diese Vorstellung auch sonst Verwaltung und Rechtsprechung in Danzig beherrscht. Dieser Mangel ist es, der das Urteil des Obergerichts im Prozeß Kozdzia gegen Kaiser und Genossen als erschütterndes Dokument der Lage erscheinen läßt, in der sich die Verfassung der Freien Stadt Danzig befindet.

## Das Verbot des Arbeiterverbandes

Termin beim Obergericht am 8. Juni

Wie wir erfahren, hat das Obergericht auf eine Erinnerung des Rechtsvertreters des Allgemeinen Arbeiterverbandes die Verurteilung des Verbands wegen der am 7. Dezember 1935 ergangenen Verbotsvorfügung des Polizeipräsidenten auf den 8. Juni d. J. festgesetzt, nachdem die Berufung und die Verurteilung dem Gericht am 22. Februar d. J. zugegangen sind.

Die Frage des Koalitionsrechtes in Danzig hat übrigens in der Ende April abgehaltenen Verwaltungsratsitzung des Internationalen Arbeitsamtes eine Rolle gespielt. Der Vorsitzende der französischen Gewerkschaften, Jonhauz, berichtete über die durch das Verbot des Allg. Arbeiterverbandes geschaffene Lage in Danzig, die er der Aufmerksamkeit des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Buttker, empfahl. Herr Buttker versprach, Erkundigungen bei den hierfür kompetenten Stellen einzuholen.

# Ein Blick in den Städtischen Fuhrpark

Museminderlegungen vor dem Arbeitsgericht / Die unbeliebten Beiträge für die Arbeitsfront

Am 10. März d. J. wurde der Fuhrparkarbeiter Alfred K. kritisch entlassen. Da er sich zu unrecht entlassen glaubte, strengte er Klage beim Arbeitsgericht an. Unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Kaiser ist dieserhalb schon einmal verhandelt worden. Die Verhandlung wurde aber vertagt.

Am Dienstag wurde, dreimal unter Vorsitz von Knesor Dr. Vief, weiter verhandelt. Es waren jedes Zeugen erschienen. Als erster wurde der Hilfsarbeiter G. B. gehört, mit dem K. einen Zusammenstoß gehabt hat, der die Entlassung herbeiführte. Dieser Zeuge behauptet, daß er auf einem Dienstag beobachtet, wie K. während seiner Arbeitszeit fast eine halbe Stunde mit Straßenpassanten sprach. G. hat ihn schriftlich aufgefordert, endlich an die Arbeit zu gehen.

Es soll zu einem Wortwechsel gekommen sein, in dessen Verlauf der Kläger den Anführer beleidigt haben soll. K. bestritt den Vorfall in dieser Form und hat den Zeugen bei der Hand, mit dem er damals gesprochen hat. Dieser erklärt, daß er der Sache keine große Bedeutung beigelegt habe und ihm deshalb schon vieles einfallen sei.

Der Hilfsarbeiter G. bleibt jedoch bei seiner Behauptung. Er hat darüber auch dem Inspektor Lange berichtet. Der Inspektor ließ darauf beide zu sich kommen. K. sollte ein Protokoll unterschreiben, in welchem er zugab, den Hilfsarbeiter G. beleidigt zu haben. K. weigerte sich. Da Lange dem Hilfsarbeiter glaubte, wurde K. kritisch entlassen.

Herr Lange trat nun als Zeuge auf den Plan. Beim Namensaufruf verbesserte er den Vorsitzenden, daß er nicht Inspektor, sondern Oberinspektor sei. Lange legte sich gleich sehr ins Zeug und richtet verdeckte Spottwörter gegen den Kläger. Eine Entlassung aus politischen Gründen komme nicht in Frage.

Die Vorfälle einige Wochen vor der Entlassung seien ohne Bedeutung.

Um welche Vorfälle handelte es sich dabei? Lange erklärte, daß ihm im Januar von der Arbeitsfront mitgeteilt wurde, in seinem Betrieb wäre eine Reihe von Arbeitern, die keinen Beitrag an die Arbeitsfront zahlten. Man erwarte, daß dieser Zustand beseitigt werde. Das hat K. auch eifrig versucht und durch die Ableute festgestellt, daß in jedem Depot solche schwarzen Schafe waren, im Konnenhof 5-8 Mann. K. ließ diese Männer zu sich kommen und eröffnete ihnen, daß die Beiträge nachzahlen seien. Weiter erklärte er sehr erregt, wenn am nächsten Tage wegen der Arbeitsfront über ihn ein Artikel in der „Volksstimme“ erschienen, dann würde alle entlassen.

Selbstmeweile erschien sich ein Artikel einige Tage später in unserer Zeitung und kurz darauf passierte folgendes: Als der Kläger und der Arbeiter Fleischhauer am 4. Februar zu ihrem Depot, Konnenhof, kamen, herrschte dort eine eigenartige Stimmung. Der Obmann Soja führte das Wort und sagte, man wolle nicht mehr mit diesen beiden zusammenarbeiten, denn sie zahlten keine Beiträge mehr und händen mit den Marxisten in Verbindung. Auf Anordnung des Betriebsleiters Lange sollte er eine Abstimmung vornehmen, was auch geschah.

Die Abstimmung endete damit, daß sich von 21 Arbeitern 16 für weiteres Zusammenarbeiten mit den beiden aussprachen.

Trotzdem war Obmann Soja dagegen. Die beiden Arbeiter mußten nach Hause gehen, traten jedoch am nächsten Tage wieder ihren Dienst an. Herr Lange ist furchtbar wild über den Artikel in der „Volksstimme“ gewesen. Hat



# Leon Blum

Schriftsteller und Kritiker — Politiker — Staatsmann

MTP. Paris, 12. Mai.

„Berweile doch, du bist so schön“ — mit diesem „faust“-Zitat ist ein Kapitel des ersten Buches überschrieben, das der junge Leon Blum veröffentlicht hat, und das den Titel trägt „Neue Gespräche mit Edermann“. Aber Leon Blum selbst ist nicht der Mann, der gern „berweilt“, er nutzt den Augenblick und weiß, daß das Leben ständig im Fließen ist. Sein eigenes Leben kennt zahlreiche Etappen.

Er wurde 1874 geboren, ein echtes Pariser Kind, als Sohn recht wohlhabender Eltern, der Vater war ein Tuchhändler. Seine Erziehung konnte daher sorgfältig vorbereitet und durchgeführt werden. Natürlich warf er sich, kaum daß er die Schule absolviert hatte, mitten hinein in den Strudel des literarischen Lebens der 90er Jahre. Die großen Namen von Mallarmé und Verlaine, die Lehrmeister des Symbolismus, beherrschten die Epoche, und der Student Leon Blum widmete ihnen seine ersten begeisterten Artikel, die er in den zahlreichen kleinen Studentenzeitschriften veröffentlichte. Ein paar Jahre später schloß er die Bekanntschaft mit drei anderen hervorragenden französischen Schriftstellern, eine Bekanntschaft, die bald zur Freundschaft wurde; diese drei Freunde waren: Marcel Proust, André Gide und Paul Valéry. Proust ist tot, aber mit Gide und Valéry pflegt auch heute noch Leon Blum, obwohl die Wege sie weit auseinanderführten, enge Freundschaft.

Seine ersten Aufsätze in Studentenzeitschriften erregten Aufsehen, bald wurde er literarischer Kritiker an der „Revue Blanche“, der besten literarischen Zeitschrift jener Zeit. Seine ersten Bücher erschienen, zunächst die „Neuen Gespräche mit Edermann“, dann ein Buch über die Ehe, das viel für und wider erregte, da Blum für die freie Liebe eintrat.

Blühlich begann sich Blums literarischer Geschmack zu ändern. Er interessierte sich für das Theater und wurde vom „Matin“ als Theaterkritiker engagiert. Zehn Jahre schrieb er über das Theater, seine Kritiken wurden schnell berühmt und gefürchtet. Er war es, der Gauguin entdeckte, der sich leidenschaftlich für Birnin Gaemier einsetzte, die Franzosen für Max Reinhardt interessierte und Knut Hamsun als Bühnendichter pries. Er schrieb, als sei er für das Theater geboren, es interessierte ihn nichts anderes als die Welt der Bretter.

Aber alles ist im Fluss, und allmählich führte das Theater Leon Blum zum Leben zurück. Er entdeckte die Wirklichkeit, und der Kritiker begann sich mit den Ereignissen des täglichen Lebens zu befassen. In seinen „Erinnerungen an den Fall Dreyfus“ setzte er auseinander, wie er dazu kam, sich allmählich für die Politik zu interessieren. Einmal entschlossen, das Theater und die Literatur aufzugeben, warf er sich mit aller Energie dem Neuen, das ihn so sehr lockte, in die Arme. Lucien Herr, sein alter Lehrer von der Ecole Normale, machte ihn mit Jaurès bekannt, und diese Bekanntschaft wurde zum Wendepunkt seines Lebens. Um 1911 herum wurde Blum Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs, deren Führer Jaurès war.

Aber der Mann, der bisher die literarischen Salons von Paris beherrschte, und der Freund großer Schriftsteller gewesen war, verwarf sich nicht auf Anhieb in einen handfesten Politiker zu verwandeln. Erst die Ermordung Jaurès' und der Weltkrieg trieben ihn nach vorn. Am Ende des Krieges hatten die Sozialisten Frankreichs keinen Führer; Jaurès ermordet, Vaillant tot, Guesde zu alt — Man suchte einen neuen Führer. Blums Stunde kam. Am 16. November 1919 wurde er zum ersten Male in die Kammer gewählt. Er war 45 Jahre und trug einen großen schwarzen „intellektuellen“ Hut, der schnell zum beliebtesten Requisit aller Karikaturisten wurde. Alle Welt lachte: dieser Raffeescholarat und Schöngeist — ein Revolutionär? Aber einige Monate später war er der Führer der Partei, Nachfolger auf dem Stuhl von Jaurès.

1920: die große Spaltung unter den französischen Sozialisten. Die Mehrheit war für Moskau, aber Blum widerstand. Auf dem berühmten Kongress von Tours erklärte er Clara Zetkin, der deutschen Kommunistin: „In jedem Lande muß der Sozialismus seinen eigenen Weg gehen.“

1924: Sieg des Vinfablockes. Derrriot bietet Blum das Amt des Außenministers an. Aber Blum lehnt ab, er hält den Augenblick noch nicht für gekommen. Er glaubt nicht an die „Prosperität“, die Europa und Amerika in jener Zeit überflutet hat. Und er behält Recht. Derrriot stirbt. Poincaré kommt. Die Neuwahlen 1928 ergeben einen riesigen Rechtsieg, Leon Blum verliert sein Pariser Mandat.

1929: Leon Blum geht nach Südfrankreich, zu den Fischern und Weinbauern von Narbonne. Sie empfangen ihn mit Vertrauen und wählen ihn in die Kammer zurück. In jenem Jahr bricht die große Weltkrise aus.

Drei wichtige Daten bezeichnen Leon Blums weiteren Weg: Die Straßenkämpfe des 6. Februar 1934, die Geburt der „Front Populaire“ am 14. Juli 1935 und das Attentat auf ihn vom 13. Februar 1936. Es bedurfte nicht dieses Attentatsversuches, um zu beweisen, daß Leon Blum der unbestrittene Führer nicht nur seiner Partei, sondern der „Front Populaire“ ist.

Jetzt, nach den Wahlen und dem Siege der „Front Populaire“, steht Leon Blum vor der dritten großen Etappe seines Lebens. Er wird das neue Kabinett bilden. Noch wohnt er in seinem alten Haus, in einem der ältesten Teile von Paris, auf der St.-Louis-Insel. In der Küche seines Schreibzimmers bereitet sich Leon Blum, 62 Jahre alt und schon etwas grau, aber voll überschäumenden Temperaments, auf sein drittes Leben vor. Es wird die anstrengendste und die verantwortungsvollste Etappe sein. Er weiß, warum es geht, und er spricht in seiner großen Programmrede die ersten und klaren Worte: „Die Umstände verlangen es, daß zuweilen ein Mensch ein neuer Mensch erwacht... Ich werde jetzt der Regierungschef sein, das verantwortliche und feine Pflicht gegen Frankreich bewachte Haupt.“

Michel Gorel.

## Die Hochzeit mit einer „Bürgerlichen“

Schwedische Prinzessinnen sollen auch nicht „Kauderwäsch“ heiraten dürfen

Die schwedische Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das in der schwedischen Verfassung ausgesprochene Verbot einer Heirat zwischen einem schwedischen Prinzen und der Tochter eines bürgerlichen Ausländers aufhebt. Doch soll eine solche Heirat wie jede projizierte Ehe innerhalb des königlichen Hauses von der Zustimmung des Königs, der zuvor mit dem Kabinett darüber konferiert haben soll, abhängig sein.

Nach der jetzigen Ordnung darf ein schwedischer Prinz nur eine Prinzessin aus einem regierenden europäischen Haus oder ein Mitglied von gewissen nicht mehr regierenden Fürstentümern heiraten; sonst verliert er sein Erbrecht. Auch die Tochter eines schwedischen Bürgerlichen darf er nicht heiraten. Das Gesetz ist für den dritten Sohn König Gustafs, Prinz Bertil, wichtig. Er ist mit der Deutschen Erika Papek verheiratet und hat auf seine Erbrechte und seinen Titel verzichtet.

## Katholische Kirche und Staat

Bersuche zum Ausgleich der Gegensätze / Kommt eine Revision des Konkordats und eine Amnestie der Devifenvergehen?

Wie aus Berlin bekannt wird, sollen dort in letzter Zeit Verhandlungen geführt worden sein über eine Vereinigung aller zwischen der katholischen Kirche und dem Staat entstandenen Streitfragen. Es soll auch die Frage einer Totalrevision des 1933 abgeschlossenen Reichskonkordates besprochen worden sein. Im übrigen wird behauptet, daß im Vordergrund der Erörterungen die Suche nach einer Möglichkeit zur Liquidierung der zahlreichen Devifenprozesse gestanden habe, die seit einem Jahre gegen zahlreiche katholische Geistliche durchgeführt worden sind. Etwa 50 solcher Prozesse, von denen der gegen den Bischof von Metz zweifellos den Höhepunkt bildete, sind zum Abschluß gebracht worden und viele Klosterbrüder und -frauen sitzen seitdem wegen der Devifenvergehen in deutschen Zuchthäusern. Einige Verfahren wurden eingestellt. Die Episode der Devifenprozeße gegen die katholischen Geistlichen scheint seit einiger Zeit beendet zu sein und man hatte mit der Einleitung von Bundes- bzw. Hochverratsverfahren gegen prominente Geistliche gerechnet (Fall Dannaich). Aber auch darauf ist wohl von Staatsseite jetzt verzichtet worden.

In diesem Stadium der Entwicklung soll der Vatikan in vorsichtiger Weise in Berlin versucht haben, durch eine angelegene Persönlichkeit die Möglichkeit einer Amnestierung der katholischen Devifenvergehen prüfen zu lassen. Die Reichsregierung hält diesen Augenblick für günstig, um wichtige Punkte des Reichskonkordates, die vor allem die Jugendzucht betreffen, in die Diskussion zu werfen. Es ist klar, daß der Katholizismus für die Erfüllung seines Amnestie-Wunsches einen möglichst hohen Preis bezahlen müßte. Es scheint deshalb als sehr ungewiß, ob die Kirche die ausgenommenen Verhandlungen fortsetzen kann. Außerdem spricht man in orientierten Kreisen von sehr starken Widerständen, die bei prominenten Ministerpersönlichkeiten der NSDAP liegen sollen, die den Kampf gegen die katholische Kirche bis zum Ende durchhalten wollen. Die mit den Verhandlungen vom Vatikan betraute Persönlichkeit hatte Gelegenheit, in Rom auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hinzuweisen. Vorläufig jedenfalls scheint dieser Versuch eines Ausgleiches nicht den von beiden Seiten erhofften Erfolg zu haben.

## Der Tod des Herrn von Hoersch

Auffeuernde Veröffentlichungen einer Pariser Zeitschrift

Der plötzliche Tod des deutschen Botschafters in London, Herrn von Hoersch, hat überall beträchtliches Aufsehen hervorgerufen, und zwar um so mehr, weil über die eigentlichen Todesursachen bisher nichts bekannt geworden ist. Das amtliche Communiqué schweigt sich hierüber aus und auch die deutsche Presse berichtet nichts Näheres. So dürfen folgende Mitteilungen besonders interessieren, die jetzt von der Pariser Wochenzeitung „Aux Sources“ hierzu veröffentlicht werden:

„Die geheimnisvollen und dramatischen Umstände, unter denen der Londoner Botschafter des Reiches in London den Tod gefunden hat, haben die Gerüchte genährt, wonach Herr von Hoersch Selbstmord verübt haben soll. Unter den zahlreichen Gerüchten, die in Berlin umlaufen, ist das eines von denen, die die strenge Zensur nicht zu kontrollieren erlaubt. Die Wahrheit ist jedoch, daß Herr von Hoersch einem Herzanfall im Anschluß an ein telefonisches Gespräch mit Hitler erlegen ist.“

Es ist sicher, daß die Reise Ribbentrops nach London in den Londoner Regierungskreisen den Eindruck erweckt hatte, die Politik der Botschaft würde von Berlin nicht mehr gebilligt. Herr Hoersch hatte jedenfalls nicht die Politik der Vermeidung Englands und Frankreichs betrieben, die in nationalsozialistischen Kreisen propagiert wird. Hoersch hatte überdies immer erklärt, Deutschland würde den Locarno-Vertrag einhalten. Der 7. März beendete praktisch die Karriere dieses anständigen und aufrichtigen Diplomaten. Berlin gab ihm den Rat, zu demissionieren. Herr von Hoersch weigerte sich aber und forderte, man solle den Mut haben, ihn abzutreten.

In der Nacht, die seinem Tode voranging, wurde der Botschafter zweimal von Hitler angerufen. Das erstemal verlangte Hoersch nach einem Gespräch von einigen Minuten, der Führer solle ihn abberufen. Da diese Unterhaltung unterbrochen worden war, rief Hitler erneut in London an und erteilte von Hoersch den Befehl, am nächsten Morgen das erste Flugzeug nach Berlin zu besteigen. Diese Unterhaltung hatte den Botschafter außerordentlich erregt. Zwei Stunden später entdeckte man den Leichnam des Herrn von Hoersch.

Man weiß, daß der Verstorbene in Paris, wo er lange Zeit Botschafter gewesen und seinem Lande wichtige Dienste erwiesen hatte, noch zahlreiche Beziehungen besaß. So wird man nicht erstaunt sein, zu erfahren, daß der Botschafter vor seinem Tode zwei Briefe geschrieben hat, von denen einer an einen jungen Aristokraten gerichtet war, mit dem er seit Jahren freundschaftlich verbunden gewesen ist. In diesem Abschiedsschreiben legt von Hoersch diesem jungen Mann, der einen der berühmtesten Namen des französischen Adels trägt, eingehend seine Situation dar. Es ist zu hoffen, daß dieser Brief eines Tages veröffentlicht wird, damit die Loyalität des verstorbenen Botschafters und die Art der Projekte der nationalsozialistischen Regierung festgelegt werden.“

Wir geben diese auffeuernden Veröffentlichungen der französischen Zeitschrift unter allem Vorbehalt wieder. Eine deutsche Stellungnahme zu dieser bereits vor einer Woche erfolgten Publikation ist bisher nicht erfolgt.

## America nicht auf dem Städtetage

Verzicht des Kongresses für Kommunalpolitik in Berlin

Der Bürgermeister von Newport, S. Guardia, hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß sich der amerikanische Städtetag an dem internationalen Kongress für Kommunalpolitik, der in Berlin stattfindet, nicht beteiligen wird, nachdem sich die Mehrzahl der Bürgermeister der amerikanischen Städte gegen die Teilnahme ausgesprochen haben.

## Mehr als 2500 Angeklagte

In den Massenprozessen Westdeutschlands / Wie die Gestapo den 99prozentigen Wahlsieg bewertet

Die Nationalsozialisten in Deutschland, die kürzlich mit einem fast 100prozentigen Wahlsieg aufwarten, fürchten sich vor den Ideen der Sozialdemokratie. Der gegenwärtige Staat bedroht die Verbreitung dieser Ideen mit hohen Zuchthausstrafen, ja mit dem Tode, selbst dann, wenn sie nur in vertrautem Kreise geäußert werden. Ist das ein Zeichen von Stärke? Oder gar eines von besonderer Verbundenheit mit 99 Prozent des deutschen Volkes?

Die schon oft zitierten Massenprozesse beweisen, daß die Opposition der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterschaft nach wie vor arbeitet und im Wachsen ist. Gerade in Westdeutschland sind die Prozesse mit Hunderten von Angeklagten zuzufügen an der Tagesordnung. Vor wenigen Tagen ist ein kleinerer, der sich „nur“ gegen 74 Angeklagte richtete, in Bonn zu Ende geführt worden. Das Ergebnis ist das gleiche wie in allen bisherigen Verfahren: hinter fast allen Angeklagten schließen sich, teilweise für mehr als 10 Jahre, die Gefängnis- und Zuchthausstrafe. Zählt man nur einmal die Angeklagten der großen Prozesse dieses Winters bzw. Frühjahres zusammen, so kommt man allein für Westdeutschland auf eine Zahl von kämpfenden Arbeitern, die eindrucksvoll genug die wirkliche Stimmung unter der deutschen Bevölkerung kennzeichnet.

Mehr als 2500 Sozialdemokraten und Kommunisten Westdeutschlands stehen allein in diesem Frühjahr vor den Sondergerichten, Volksgerichten und anderen Tribunalen des Dritten Reiches.

In dem eben genannten Bonner Prozeß waren es 74; in Dortmund 54; in dem großen Wuppertaler Verfahren sind es über 600, in Essen gegen 300; in Mönchengladbach und Umgebung wurden über 400 Arbeiter verhaftet und angeklagt; in der Hamburger Gegend in Elmshorn 270, in Sarburg sogar 540. Mehrere hundert Sozialisten und Kommunisten marschieren als Angeklagte im großen Zeiter Prozeß auf. Bisher sind schon viele tausend Jahre Zuchthaus und Gefängnis verhängt worden. Jeder Einzelne von den Illegalen riskiert bei seiner Arbeit für den Sozialismus seinen Kopf; trotzdem wird gearbeitet, auch trotz der vielen und schweren Opfer, die der Kampf bisher gekostet hat. Außer diesen Tausenden, die ihre Existenz und ihre Freiheit für die Idee opfern, haben zahllose weitere Kämpfer einzeln oder in kleineren Gruppen vor den Gerichten gestanden.

Die meisten dieser Angeklagten sind frühere bekannte Vertrauensleute der Arbeiterbewegung, der beiden Parteien und der Gewerkschaften. Daran erklärt sich zum Teil auch die große Zahl der Opfer, deren Arbeit besonders dann gefährdet ist, wenn an ihr eben die bekannteren Arbeiterführer teilnehmen. Die neuen Kader, die vor allem aus bisher unbekanntem, vielfach auch äußerlich gleichgeschalteten Personen bestehen, arbeiten wesentlich schwerer.

Die Angeklagten haben sich in allen Prozessen sehr tapfer benommen.

Ein in einem Prozeß bereits Verurteilter wurde in einem anderen Prozeß als Zeuge vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden erfolgte die Antwort: „Ja, ich kenne viele von den Genossen, kenne aber auch keinen. Ich bin durch die Untersuchungshaft, durch El-Kaserne und Konzentrationslager gegangen und habe geschwiegen, und ich werde auch jetzt schweigen. In ein paar Tagen wird vielleicht mein Kopf rollen, dann werde ich ewig schweigen.“

Die Angeklagten nahmen die hohen Zuchthausstrafen gelassen hin, was den Senatspräsidenten eines Prozesses an der Bemerkung veranlaßte:

„Komisch — alle stecken die Zuchthausstrafe ein, wie ich mir eine Zigarette in den Mund stecke!“

Alle Verfolgung jedoch vermag die illegale Sozialdemokratie nicht zu brechen. Der sozialdemokratische Gedanke lebt, er ist nicht zu erschüttern! Seine beste Propaganda, seine wirkungsvollste Arbeit sind der unerhörte Mut der Illegalen und die unerschütterliche Standhaftigkeit der Opfer!

Das selbst die Gestapostellen und die Nationalsozialisten die Arbeit der Illegalen für sehr umfangreich und für das System als gefährlich betrachten, geht aus folgender Mitteilung der „Nationalsozialistischen Korrespondenz“ hervor, in der es heißt: „Der Leiter des Preussischen Geheimen Staatspolizeiamtes, SS-Gruppenführer Richard Heydrich, macht in einem Verlaufs eingeschende Ausführungen über die Bekämpfung der Staatsfeinde. Er betont einleitend, daß gerade nach dem hervorragenden Wahlausgang die alten großen Gegner jetzt ihre Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen werden, um das Werk des Führers doch noch nach Möglichkeit zu gerieren oder wenigstens zu hemmen.“

Ein wirklich schönes Zeugnis für die illegalen arbeitenden Sozialisten und ein weniger schönes für die eigene Bewertung des 99prozentigen Sieges!

## Wachsende Rohstoffnot

Weitere Droffellung der deutschen Schokoladenverarbeitung

Die wachsende Rohstoffknappheit in Deutschland findet in immer neuen Verbrauchseinschränkungen ihren Ausdruck. So dürfen jetzt die deutschen Schokoladen- und Süßwarenfabriken auf Grund einer neuen Anordnung in den Monaten Mai bis August 1936 im Monatsdurchschnitt nur 71 Prozent, also nur wenig mehr als zwei Drittel derjenigen Rohstoffmengen verarbeiten, die sie im Durchschnitt der zehn Jahre 1924/33 verbraucht hatten. Dies bedeutet eine erhebliche Einschränkung gegenüber dem bisherigen Satz von 81 Prozent. Die Betriebe hatten sich schon bisher dadurch zu helfen gesucht, daß sie mehr Milch, Zucker und andere Streckungsmittel mitverwendeten, um die ihnen zugeordneten Rohstoffmengen nach Möglichkeit zu strecken. So wurden z. B. an Stelle von Tafelschokolade mehr Pralinen hergestellt. Es hängt somit weitgehend von den Dispositionen des Betriebleiters ab, wie weit die ihm zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen reichen. Noch härter ist die Droffellung bei den Halbfabrikate verarbeitenden Betrieben, die an Stelle der bisherigen 81 Prozent von Mai bis August 1936 nur noch 50 Prozent der in der gleichen Zeit des Jahres 1934 verarbeiteten Mengen verbrauchen dürfen. Offenbar sollen dadurch hauptsächlich die Konditoren und andere Verbraucher von Couverture betroffen werden, damit sie nicht zu viel verbrauchen. Deutschlands Einfuhr an Rohkakaos ist im Jahre 1935 auf 75 000 To. zurückgegangen gegenüber 101 000 To. im Jahre 1934. Die oben angeführten Qualitätsverflechtungen sind auch nicht gerade geeignet, den guten Ruf, den die deutsche Schokoladenindustrie früher im Ausland besaß, aufrechtzuerhalten. Die Qualitätsverflechtungen werden weiterhin zu einem Abwärtsdrift führen.

# MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg - Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

38. Fortsetzung

Schumann ließ den Kopf sinken. So klar und einfach hatte er sich dies noch nie vorgestellt. Es führte wirklich keine Brücke über den Bach von Gornitsch zu seinen Kindern! Umanfi sagte ganz unpathetisch hinzu:

„Glauben Sie mir, ich beneide manchen meiner Kollegen, der mit seinem Vater eine gemeinsame Vergangenheit hat. Aber Sie sind mir so fremd, daß ich mich sicher allein schon deshalb nie an den Stoff-Gesanten erinnern konnte. Ich begreife, daß Sie gar nichts dafür können. Ich halte Sie auch für keinen Schuft. Aber Sie sind doch verloren! Sehen Sie, ich bin überzeugt, daß Sie die erste beste Gelegenheit benutzen werden, sowie Sie hier in Freiheit sind, wieder fortzugehen, und nicht daran denken, wirklich hier mit uns zu arbeiten. Darum müßte ich auch den Vorschlag machen, Sie die formale Zeit der Strafverwahrung, die das Gericht über Sie aussprechen wird, Sie möglichst im Innern des Landes verbringen zu lassen.“

„Was heißt das?“

„Das heißt, daß wir Sie wohl nach Irkutsk bringen werden. Die Flucht von dort ist schwieriger. Und weil Sie uns später nützlich zu sein versprochen, so möchten wir Sie uns eben wirklich bewahren.“

„Sie wissen gar nicht, was für einen traurigen Bis Sie machen! Aus der Gegend von Irkutsk bin ich einst gekommen, um Sie zu suchen.“

„Abergläubische Menschen würden das nun Bestimmung nennen. Aber was ist nicht alles Bestimmung! Meistens nur das, was man sich zurechtmacht.“

„Und wie lange, glauben Sie, wird mein Aufenthalt dort dauern?“

„Ich glaube, Ihnen versprechen zu können, daß er kurz sein wird. Ich selbst werde auf nicht mehr als ein Jahr plädieren, und wenn ich das tue, schließt sich das Gericht dem schon an.“

Die Pressestellen der Regierung hielten es für angebracht, mit der Bombe des Schumannschen Gefändnisses nicht vor dem Prozeß herauszukommen, doch ließen die Zeitungen durchblicken, daß von den Verhandlungen gegen Schumann und Genossen nach bereits völlig feststehenden Ergebnissen endgültige Entschlüsse über bestimmte politische Maßnahmen zu erwarten waren, die dadurch vor aller Welt eine sensationelle Aufdeckung erleben würden.

Makropulos befand sich in privater Audienz bei Dunaimis. Dieser reichte ihm mit seiner zitternden, gelben, leberfleckenüberlachten Hand das Blatt der Pariser Zeitung, in dem die Nachricht enthalten war:

„Was halten Sie davon?“

Der Jwerg sah mit in der Luft hängenden Beinen in dem tiefen Sessel und versuchte, Dunaimis' Blick zu erfassen:

„Neere Drohungen. Schumann weiß, daß wir ihn nicht im Stich lassen werden, aber glaubt es wenigstens. Er wird nicht sprechen.“

Dunaimis bekam einen Hustenanfall:

„Er wird sich genieren! Sie sind schlecht unterrichtet. Meine Informanten sind besser: er wird der Kronzeuge der Regierung.“

„Um Gottes willen“, fuhr Makropulos auf.

Dunaimis kratzte:

„Da laufen Sie herum, gesund und vergnügt und abmühslos. Und ich sitze hier und werde von einem Zimmer ins andere geschleppt und weiß besser über das Weisheit, was in Russland vorgeht, als Sie. Das ist doch schon zu dumm. Aber mit Ihrer Dummheit werden wir ein anderes Mal abrechnen. Das schlugen Sie vor zur Verhinderung dieses katastrophalen Ausganges des Prozesses?“

Makropulos sah in die untergehende Sonne, die matt durch die dicken gelblichen Scheiben des wie ein mittelalterliches Burggewand eingerichteten Arbeitszimmers des Kunstkönigs hereinbrach. Er fühlte sich unruhig. Seit zwei Tagen war er in Chateau Boncourt und hatte nichts weiter zu hören bekommen als Schimpfwörter. Das alle Schenkel von lebendem Vieh aus dem Zwischenbereich und Toilette hin und her und geriet er an. Geiern hatte er vor Herzer einen Gallesteinanfall gehabt und mit roten Schmerzen zu Bett gelegen. Und alles das wegen dieses blödsinnigen Mittelmeeres, der ihn so rütteln sollte. Er dachte, daß seine Stellung, seine Funktionen, kurz alles auf dem Spiele stand. Er versuchte wieder, Dunaimis Antwort von dessen Gesicht abzulesen, aber dieser schien eifrig damit bemüht, die beiden letzten Notentabellen seiner Rechenbücher, die er mit großer Sorgfalt führte, zu vergleichen. Schließlich hästerte Makropulos:

„Lemberg.“

Dunaimis sah auf:

„Ich habe nichts gehört.“

Makropulos wiederholte:

„Lemberg.“

„Ja, ja, ich weiß. Das übernehmen Sie! Es ist die letzte Chance für Sie, sich bei Ihrer weiteren Beurteilung mildernde Umstände zu holen.“

Makropulos wollte noch etwas sagen, aber Dunaimis winkte ab und verließ ganz in seinem Stillsitzen. Sein völlig verweiltes Gesicht lag wie leiblos darin.

Makropulos rutschte vom Sessel und rief nach seinem Chauffeur. Sie fuhren zurück nach Paris, weil der Grieche das Telefongespräch nicht von Chateau Boncourt aus führen wollte.

Im Hotel „Stadt London“ in Lemberg erhob sich ein großer, kräftiger Mann mit Gelassenheit von dem schabigen Sofa, auf dem er gelegen hatte, als das Telefon schrillte. Der Portier meldete etwas aufgeregtes ein Ferngespräch aus Paris und schaltete sich neugierig ein. Aber er wurde enttäuscht. Das ganze Gespräch zwischen dem Hotelgast und dem Anrufer drehte sich um eine Ware, die offenbar fällig geworden war und möglichst rasch beschafft werden mußte. Zum Transport schienen mehrere Leute notwendig zu sein, aber auch über diese zu verfügen, verfügte der Hotelgast. Es war, wie der Portier meinte, ein ehemaliger Hauptmann aus dem zaristischen Generalkstab, der in Lemberg mit einigen früheren Kameraden zusammen eine Filiale der großen Firma „Polnisch-Amerikanische Getreide-Im- und Export G. m. b. H.“ führte. Es war ein stiller, bescheidener Mensch, der seine Miete immer pünktlich zahlte, und der einzig und allein dann Kraß machte, wenn das etwas schlampige Stubenmädchen in seinem Zimmer beim Aufräumen vergaß, die Kanarienvögel herauszunehmen, so daß diese „Zug bekamen“. Er liebte diese Tiere sehr und schrieb, wie er dem Portier einmal, als dieser auf seinem Zimmer Kägel für einen großen neuen Käfig einfügte, mitgeteilt hatte, an einem Buch über eine neue Methode, Vögel innerhalb färscherer Frist fangen zu lernen.

Der Kaufmann und frühere Offizier trug den unruhigen Namen Neumann. Er führte das Telefongespräch mit seiner sanften, immer etwas belegten Stimme, die neutral war und niemals einer Aufregung fähig schien. Der Portier war daher gar nicht verwundert, als ihm Neumann am Nachmittag an-

## Die schwarze Messe von Paris

Der Trieb des „ägyptischen Magiers“ — Das betrogene Publikum amüsiert sich kräftig

MTP. Paris, im Mai.

Was eine schwarze Messe ist, weiß nicht jedermann, es ist auch nicht ganz leicht, diese Art Messe zu erklären. Es heißt, daß man diese Messen im Mittelalter, ja selbst noch im 18. Jahrhundert in Spanien, Italien und Frankreich zuweilen „celebriert“ habe, wobei man sich nicht nur darauf beschränkt habe, zum Teufel zu beten, sondern außerdem noch recht ausgiebige Festlichkeiten zu veranstalten, an denen nicht nur die sogenannten Priester der schwarzen Messe, sondern auch die Bettler, Männer und Frauen, teilnahmen. Natürlich waren diese schwarzen Messen nicht nur von der Kirche, sondern auch von den staatlichen Behörden verboten. Der berühmte Schriftsteller Flaubert hat in seinem nicht weniger bekannten Roman „Le-bas“ die Mythen der schwarzen Messen ausführlich beschrieben.

Gibt es auch heute noch schwarze Messen? Niemand weiß es, aber viele behaupten, sie hätten gehört, daß da und dort irgendwo eine derartige Messe stattgefunden habe, selbstverständlich ganz geheim, man habe Einladungskarten verlangt, die Beteiligten hätten sich ehrenrührig zum Schwergen verpflichtet müssen. Aber ob diese Behauptungen zuzufassen?

In Paris jedoch kann man alles haben. Also hatte das Paris von Mai 1936 die Sensation einer schwarzen Messe. Es war eine Doppelaktion, denn diese schwarze Messe fand nicht nur wirklich statt, sondern sie war doch ganz öffentlich. Plakate und Zeitungsausschnitte luden eindringlich zum Besuch ein, und als Einladungs zeichnete ein Mann, der sich Starabens nannte, mit dem Titel „ägyptischer Magier“. In Paris leben eine paar tausend sogenannte Magier und Jassire, die ihr Leben ganz unabhängig damit führen, daß sie den Reis neugierigen und abergläubigen Franzosen und Französinen ihr's aus der Hand, teils mit Hilfe von Karten oder anderen ähnlichen Dingen alles Mögliche weisagen. Man braucht sich heute in Paris nur Magier zu nennen und wird sich alsbald über Aufmerksamkeit und Gulasch nicht zu beklagen haben.

Der Magier Starabens nun rief die Pariser zur Teilnahme an der schwarzen Messe in den Saal der „Société Savante“, wo am 11 Uhr nachts die Sitzung beginnen sollte. Eintritt nur 10 Franken. Man kann sich also vorstellen, daß der Saal um 10 Uhr schon überfüllt war, einige hundert Leute noch auf der Straße Schlange standen und die Polizisten alle Hände voll zu tun hatten, um an der Enge Ordnung zu schaffen und die Kassiererin, der man die letzten Billets einkassiert, zu schützen.

Nach 11 Uhr ging es los. Auf der Bühne erschien ein dunkelbrauner Mann, nur mit einer kleinen Ledertasche besetzt und eine Art Magiermütze auf dem Kopf, und begann seine Ansprache in angelegentlichem Französisch. Als es darauf einer „Kassiererin“ im Saale gab, erklärte Starabens: „Meine Herrschaften, ich spreche zwar Französisch, aber ich denke ägyptisch.“ Nach dieser beruhigenden Versicherung erklärte er den Zweck seiner schwarzen Messe in einer recht strukturierten Form:

„Wenn der Art, den Sie haben, Sie nicht zu heilen vermag, so gehen Sie zu keinem Emballanten, der gegenüber nur ihn in der Sitzung steht. Nun, in den überirdischen Regionen verhält es sich ebenso. Wenn man von Gott nicht beschützt ist, dann merkt man sich eben an dem Teufel. Das muß beteuert zu werden in Verbindung mit dem Teufel, und es ist ein Irrtum zu glauben, daß der Teufel nicht helfen könne. Ich werde Ihnen heute Abend beweisen, wie schnell und vollkommen der Teufel helfen kann.“

Und die Messe begann. Starabens hat daran, daß sich Personen aus dem Saale, die sich frustriert haben oder an irgendeinem Gebrauche litten, sich zu ihm heranschleichen lassen. Einige fanden sich auch die Schals, und Starabens trat ihnen auf, bis um den großen Tisch zu stehen, den er als „Tisch“ bezeichnete. Dann hielt er eine neue Rede zum Publikum:

„Sie werden vielleicht meinen, daß zur Abhaltung einer schwarzen Messe ein richtiger Priester notwendig sei. Das ist richtig, und so war es früher auch immer. Aber ich habe ein besonderes Abkommen mit dem Teufel geschlossen. Außerdem müßte ich eigentlich völlig nackt sein, aber das haben mir die Betenden nicht erlaubt. Schließlich müßten mir auch noch sieben nackte Jungfrauen anhängen, die die heißen Taktionen empfangen, aber auch das ist mir nicht erlaubt worden. Es wird mir also nur meine Geschäfte anhängen.“

Und es erließen die Geister, eine nicht mehr sehr junge Dame in einem sehr geraden Rock. Sie grüßte die Betenden an, die um den Tisch standen, Starabens warf die Karte in die Luft und begann zu sprechen: „Daguer, Daguer, ich gebe dich in deine Gewalt.“ Dann wendete er sich an die Frauen, die ebenfalls um den Tisch standen: „Nun, geht es

händigte, daß er für einige Tage verreisen würde. Neumann teilte oft, Teils um Ernten zu besichtigen, teils um Geschäftsabläufe zu machen. Sein Gedächtnis war immer geringfügig.

„Sagen Sie, mein Fräulein“, fragte der Chefarzt, „ich habe Sie neulich nicht gleich interpellieren wollen. Aber was haben Sie denn da kürzlich in der Nacht außerhalb Ihres Bettes getrieben? War das ein Anfall oder ein Mondwandel? Erklären Sie mir das mal. Schließlich muß ich wissen, was mit meinen Patienten los ist.“

Habées Zustand hatte sich in den letzten Tagen rasch gebessert. Die Vernarbung der Wunden machte gute Fortschritte. Der Verband war abgenommen worden, das Haar deckte die feineren austarierten Wundstellen. Sie sah am Fenster, daß auf Balustrade hinausging, hatte die Hände im Schoß gefaltet und sah still vor sich hin.

„Es hat doch keine bösen Folgen für mich gehabt.“

„Nein, sicherlich nicht, aber deshalb muß ich es doch wissen. Wir haben da so allerhand Gegenstände gefunden, von denen ich mir nicht erklären kann, wie sie auf Ihrem Bettteppich gekommen sind.“

Habées sah aus großen Augen zu ihrem Arzt auf:

„Herr Doktor, ich habe mich so gefehlt.“

„Ja und?“

„Da habe ich ihn mir eben geholt.“

„Also hören Sie mal, mein Kind, jetzt sprechen Sie verständlich mit mir und nicht in Iyrischen Ausdrücken. Wen haben Sie sich geholt?“

„Meinen Geliebten.“

„Und ist er gekommen?“, versuchte der Arzt (Scherzen auf den Ton einzugehen).

„O ja, ich habe ihn ganz in mir gespürt.“

Sie spielt mit mir Redisch-Sein, dachte der Arzt, der schon außerdem merkwürdige Patienten gehabt hatte, laut meinte er:

„Ist er denn zur Tür oder zum Fenster hereingekommen?“

Habées fand den Doktor abseufzend bumm. Aber sie sagte ergeben: „Nein. Ueber den Mond.“

Der Arzt warf einen kurzen Blick auf die Kurventafel über dem Bett. Da war alles in Ordnung. Sie folgte seinen Augen und lächelte:

(Fortsetzung folgt.)

noch besser? Bestimmt geht es euch besser, ihr werdet es aber erst spüren, wenn ihr zu Hause seid.“

Die Kranken zogen etwas bedrückt ab, und auch das Publikum schien nicht ganz befriedigt. Starabens aber ließ sich nicht irritieren: „Ich will Ihnen zum Schluß ein Gefändnis machen, meine Herrschaften. In Wirklichkeit habe ich mich gar nicht in die Gewalt Luzifers begeben, sondern unter den Schutz des Heiligen Michael, und Sie können sich darauf verlassen, daß die Kranken geheilt sind.“ Nach diesen Worten senkte sich der Vorhang, die schwarze Messe war beendet.

Die Pariser sind Leute mit Humor. Sie verprügelten den Magier nicht, sie forderten auch nicht ihr Eintrittsgeld zurück, sondern sie lachten, wie man selten in Paris gelacht hat, über den Ganner, der sie auf so amüsante Weise heringelegt hatte. Die Behörden allerdings schienen anderer Meinung zu sein. Und wenn sie wohl auch keine Strafangelegenheiten gegen Starabens wegen großen Unfugs eritatten werden, so wird er wohl doch kaum Gelegenheit haben, seine schwarzen Messen noch fernerehin in Paris oder Frankreich vorzuführen.

Uebrigens soll sich ein Teil der Kranken wirklich besser befinden, denn sie haben sich buchstäblich gesund gelacht.

R. G.

## Der Wolf im Nonnenkleid

Das sonderbare und glücklich beendete Abenteuer eines Bauern aus der Molbau-Gegend ist im Augenblick das Gesprächsthema in Bukarest. Der Bauer begegnete auf der Heimfahrt von einem kleinstädtischen Markt einer der in dieser Gegend nicht seltenen verschleierte Nonnen, die ihn bat, sie eine Straße weit mitzufahren zu lassen. Er ließ sie arglos aufsteigen, schloß aber kurz darauf mit Entsetzen, wie die hinter ihm stehende ihm eine Schnur um den Hals warf, um ihn zu erbroffeln. Unter Aufbietung aller Kräfte und während der fährerlosen Wagen in Gefahr kam, umzustürzen, gelang es ihm, sich zu befreien und die Nonne zu fesseln. Er brachte sie zur nächsten Polizeiwache, und hier wurde festgestellt, daß die Nonne in Wirklichkeit ein entpurrer Sträfling war, der sich in dieser ansehnlich harmlosen Verkleidung zu einem der gefährlichsten Straßenräuber des ganzen Kreises entwickelt hatte.

## Ein Mädchen konnte nicht heiraten...

Eine 18jährige Pariserin, ein junges und hübsches Mädchen, erlebt gegenwärtig ein ebenso sonderbares wie groteskes Abenteuer. Die junge Dame, die seit einiger Zeit verlobt war, ging zum Sta-beamt, um dort das Aufgebot zu bestellen und ihre Papiere zu verbollständigen. Sie war mehr als erstaunt, als der Beamte ihr sagte, ihrer Verheiratung stünde nichts im Wege — wenn sie eine Frau zu heiraten wünsche. Sie sei nämlich in Wirklichkeit gar nicht Mabeleine S..., sondern der 18jährige Aimé S., der sich im übrigen in zwei Jahren der Rekrutierungskommission stellen müsse. Die junge Dame war bereit, sofort zu beweisen, daß sie sich mit Recht Mabeleine nenne, und der Amtsdirektor stellte auch ihr Geschlecht einwandfrei fest. Da aber vor 18 Jahren in der Registratur des Standesamts ein Schreibfehler unterlaufen war, begann die bürokratische Maschine mit Vollbampf zu arbeiten. Mabeleine-Aimé, die im Departement Seine-et-Oise wohnt, wandte sich an die Staatsbehörde von Pointoise, die sich jedoch für unzuständig erklärte. Man wies sie also nach Versailles. Doch auch dort konnte der Fehler nicht berichtigt werden, und sie wurde nach Paris vor die „Chambre de Conseil“ geschickt, die den Fall gegenwärtig behandelt. Es besteht Hoffnung, daß Fräulein Mabeleine im Herbst dieses Jahres heiraten kann.

## Das Sekretariat von Roosevelt

Präsident Roosevelt führt eine so umfangreiche Korrespondenz, daß sie sich nur mit denen der größten Filmstars messen kann. Im ersten Jahre seiner Präsidentschaft erhielt er täglich im Durchschnitt 10 000 Briefe, die alle erledigt werden mußten. Die beiden nächsten Jahre waren etwas „ruhiger“, es ließen täglich nur 3000 bis 4000 Briefe ein. Aber nun, da die Präsidentschaft wieder vor der Tür steht, hat sein Sekretariat wieder alle Hände voll zu tun. Fünfzig Beamte sind damit beschäftigt, die Briefe zu ordnen. Dies geschieht in drei großen Gruppen. Die erste enthält Glückwünsche, Sympathiebekundungen und ähnliches und wird durch eine stereotypische Formel beantwortet. Die zweite umfaßt einlaufende Klagen, die zur Untersuchung weitergegeben werden. Die dritte betrifft Briefe aller Art. Nur ein verschwindend geringer Teil wird dem Präsidenten selbst vorgelegt, die übrigen werden von seinem Sekretären erledigt. Uebrigens kommen 50 Prozent der Briefe von kleinen Leuten, die „das Schicksal berufen hat“ und die sich beim Präsidenten in Erinnerung bringen wollen.

## Lesen Sie die Volksstimme täglich

Füllen Sie nachstehenden Bestellschein aus

### Bestellschein

Unterzeichneter bestellt hiermit die

„Danziger Volksstimme“

Bezugspreis: 1.50 G monatlich, 1.50 Mark monatlich, 0.75 G wöchentlich

für den Monat \_\_\_\_\_

durch die Post — Erhalten — End Name \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Wohnung \_\_\_\_\_

Ort und Datum \_\_\_\_\_

Bestellungen nehmen entgegen die Post, die Trägersinnen und der

Verlag „Danziger Volksstimme“

Danzig, Am Spandauer 6

### Ein amerikanischer Küstendampfer

Wie aus Seattle im Staate Washington gemeldet wird, lief der amerikanische 3000 Tonnen große Küstendampfer „Northsea“ mit 140 Fahrgästen und 30 Mann Besatzung am Bord am Donnerstag morgen an der Südküste der Prinz of Wales-Insel an der Südküste auf.

Die Küstenwache fing einen Funkpruch der „Northsea“ auf, in dem mitgeteilt wird, daß das Schiff stark leck sei. Es seien Anstalten getroffen worden, das Schiff zu verlassen. Das etwa 100 Meilen von der „Northsea“ entfernte Küstenschiff „Merit“ ist dem gestrandeten Schiff sofort zu Hilfe geeilt. Die „Northsea“ verkehrt zwischen Seattle und dem Hafen von Alaska.

Die Marinefunkstation Bremerton in Washington fing später einen Funkpruch des Dampfers auf, wonach das Schiff im Sinken begriffen sei. Die Passagiere und die Mannschaften seien in die Rettungsboote gegangen. Nach einem späteren Bericht der Küstenwache von Seattle hat das Wachtschiff „Merit“, das auf die Notsignale der „Northsea“ herbeieilte, das sinkende Schiff erreicht und sämtliche Passagiere aus den Rettungsbooten übernommen.

## Bei der Rettung eines Huhnes

### Zwei Menschen in einer Dammgrube ums Leben gekommen

Durch einen tragischen Unglücksfall erlitten am Donnerstag in Nikolassee zwei Menschen den Tod. Der 61jährige Arbeiter Ferdinand Matthes, der ein Huhn aus einer drei Meter tiefen Dammgrube herausholte, wurde durch Wasse, die sich in der Grube angesammelt hatten, getötet. Seine Gattin, die 74jährige Maria Wost, die ihm Rettung bringen wollte, brach in der Grube ebenfalls bewußtlos zusammen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Leichen wurden beklagt. Matthes, der bei seiner Tode zu Besuch weilte, hatte die Dammgrube arghemacht. Dabei war ein Huhn in das drei Meter tiefe Loch gefallen. Um es zu bergen, kroch Matthes hinein und riefte das Huhn seiner Gattin zu, die es gleich darauf in der Küche abschladete. Als sie zurückkam, fand sie ihren Mann bewußtlos auf. Aufstärk Hilfe herbeizuholen, versuchte sie allein, ihren Verwandten an die Oberfläche zu bringen. Dabei wurde sie ebenfalls von den Gasen getötet.

## Furchbarer Nachweh eines Entlassenen

### Bisher 50 Tote der Vergiftungen in Hamamatsu

Von den insgesamt 1750 bei einer Schulfeier in Hamamatsu in Japan nach dem Genus von Reiskuchen schwer erkrankten Personen sind bisher 50 Personen gestorben. Darunter befinden sich 30 Schüler. 127 Personen sind außerordentlich schwer erkrankt. Der Schuldirektor hat einen Nervenhoch bekommen und mußten wegen Selbstmordabsicht unter Bewachung gestellt werden. Es handelt sich um einen Nachweh eines entlassenen Angefallenen, der bereits verhaftet wurde.

## Venus auf Briefmarken

Alle Staaten der Erde, zumal die Kleineren, legen einen keineswegs geringen Wert auf die Ausgestaltung ihrer Briefmarken. Das hat seinen Grund nicht nur in künstlerischen Erwägungen, oder in dem Ehrgeiz, besonders schöne Briefen auf die Briefe kleben zu können, sondern es bedeutet eine nicht unbedeutende Einnahmequelle, da alle neu erscheinenden Markenferien von den Philatelisten aller Länder zur Komplettierung ihrer Sammlung gekauft werden müssen. Griechenland nun bringt als neue Serie eine Reihe von Reproduktionen berühmter hellenischer Kunstwerke als Briefmarken heraus. Es wird Wiederholungen von Plastiken der minoischen, der dorischen, der ionischen und korinthischen Plastik geben, und unter ihnen wird die Venus von Milo mit dem höchsten Wert ausgezeichnet sein. Bei dieser Gelegenheit kann daran erinnert werden, daß die Venus von Milo, die von einem französischen Schiffsoffizier vor etwa 100 Jahren aus Griechenland entführt wurde, bei ihrem Raub zum Gegenstand eines blutigen Gefechtes zwischen Griechen und Franzosen wurde, und erst hierbei ihre Arme — sie war vollkommen erhalten — verloren hat.

## Unzulässige Riesgeschäfte?

### Der Baugrubeneinsturz vor Gericht

Die mit besonderer Spannung erwartete Aussage des Fuhrunternehmers Paul Krause aus Neudölln, der zur Entlastung des Angeklagten Roth geladen worden war, brachte zwar ausschlagreiche Enthüllungen über gewisse geschäftliche Gepflogenheiten im Baugewerbe, führte im übrigen aber nicht zu einer Entlastung des Angeklagten. Roth selbst schneit die ausgedehnten Erörterungen ab, indem er erklärte, er könne sich unter keinen Umständen vorstellen, daß Dümcke, als im Untergrundbau erfahrener Fachmann abhöflich tief geschachtet habe, bloß um für sich dunkle Geschäfte mit Kies machen zu können. Der Vorsitzende stellte darauf fest, daß er diese den Angeklagten chrende Erklärung zur Kenntnis nehme.

Der Zeuge Krause war für den Hauptfuhrunternehmer Gebauer tätig und ist nach seiner Darstellung von Dümcke eines Tages gefragt worden, ob er keine Verwendung für Kies aus der Baugrube habe. Er suchte sich daraufhin einen Abnehmer, mit dem er einen Preis von 3,50 bis 4 RM. pro Kubikmeter vereinbarte, während er selbst den Laßzug mit 5 und später mit 10 Mark an Dümcke bezahlte. Dümcke hat für die gelieferten zweihundert Kubikmeter Kies im ganzen 110 Mark von dem Zeugen erhalten. Am Morgen des Unglückstages war Krause zunächst auf einer anderen Baustelle. Da wurde ihm von einem Mann ausgetrieben, Dümcke lasse ihn grüßen und er möchte „mit Bewegung kommen“ (Weiterkeit). Er hatte keine Zeit, und gab die 10 Mark, auf die in der Bestellung angepielt wurde, dem Mittelsmann mit. Im Verlauf des Vormittags kam Krause zur Baustelle in der Hermann-Göring-Straße, wo für ihn bereits ein Laßzug mit Kies abgeholt war. Als er gegen 1/11 Uhr mit Dümcke wegen einer weiteren Fuhre verhandelte, sagte ihm dieser, er könne sie bekommen, aber er müsse das Material heute abholen, weil der Greifer noch umgestellt werden müsse. Dann fuhr Dümcke nach der Darstellung des Zeugen fort: „Ich habe schon viel zu viel geschachtet. Die passen laufig uff. Ich habe schon Löcher machen müssen, und habe wieder Sand rein-zeworfen, damit das nicht so auffällt!“

Auf Befragen des Vorsitzenden meinte der Zeuge, Dümcke hätte auch mit anderen Fuhrleuten solche Geschäfte gemacht. Seiner Meinung nach müsse auch die Kolonne, die mit Dümcke zusammengearbeitet habe, beteiligt gewesen sein. „Wenn ich eben am Kran stand“, fuhr der Zeuge fort, „konnte ich beobachten, daß von der einen Seite die Foren mit Kies und von der anderen Seite die mit Sand herankamen. Wenn oben ein Laßzug stand, der nicht bezahlte, dann wurde „zusammengeschmissen“, so daß das Zeug nicht zu gebrauchen war. Stand aber ein Zug da, der bezahlte, dann wurde reiner Kies eingeladen. Dümcke habe dabei gestanden und die Arbeit des Greifers dirigiert.“

Dem Zeugen Krause wurde der Vorarbeiter Bauers, der Stellvertreter des ums Leben gekommenen Schachtmeisters Dümcke gegenübergestellt. Bauers erklärte, er habe von den Riesgeschäften keine Kenntnis gehabt.

Auf eine Frage des Vorsitzenden stellte der Angeklagte Roth fest, daß derartige Riesgeschäfte im Tiefbau gang und gäbe seien. „So lange der Schachtmeister keine Dummheiten beim Ausschachten machte, hatte ich nichts dagegen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß Dümcke von sich aus tiefer geschachtet hat, nur um Kies verkaufen zu können. Ich habe ihn oft genug darauf aufmerksam gemacht, daß er unter keinen Umständen tiefer gehen darf, als angegeben ist, und er als alter Fachmann mußte genau, was das Freilegen von Trägerfüßen bedeutet.“

Die Verhandlung wird fortgesetzt.

## Ein tragisches Mißverständnis. Ein Unglück, das sich unter besonders tragischen Umständen ereignete, erschütterte die Bevölkerung von Chaumont (Frankreich). Der 27jährige Henri Leblanc fuhr mit seiner 16jährigen Braut Solange Petit auf einem Landweg, als aus noch ungelärten Gründen der Wagen des Fahrzeuges brach und die beiden jungen Leute schwer fürzten. Beide waren verletzt und bewußtlos. Als Leblanc aus seiner Betäubung erwachte und seine Braut, die anscheinend schwer verletzt war, vergeblich aus ihrer Ohnmacht zu er-

weden versuchte, warf er sich verzweifelt und von Bewußtlosigkeit gepeinigt, vor den gerade heranahenden Schnellzug. Kurz darauf erwachte das junge Mädchen und sah mit Entsetzen, was geschehen war. Ihr eigener Zustand, der an sich nicht lebensgefährlich ist, hat durch die Erschütterung eine Wendung zum Schlimmen genommen.

## Betrügerpaar festgenommen

Vor einigen Tagen wurde ein gefährliches Betrügerpaar in Düsseldorf festgenommen. Es handelt sich um den wegen ähnlicher Delikte bereits vorbestraften 35-jährigen Theodor Köster und seine 34-jährige Ehefrau. Beide haben Schenk- und Warenbetrügereien in größerem Umfange verübt. Das Paar vertrieb in größeren Zeitungen Berlin, Münchens und Weizigs, daß es Verkaufapparate, Fallboote usw. kaufe und verkaufe. Auf die zahlreich eingegangenen Offerten schickten die Betrüger dann den Kaufpreis in Form eines Postcheks an die Offizierenden, die seinerseits in der Annahme, daß Deckung des Checks vorhanden sei, die Ware abhandeln, um dann feststellen zu müssen, daß sie betrogen worden waren. Die auf diese Weise ergaunerte Ware legte das Betrügerpaar sofort an Personen, die sich ebenfalls auf die Inserate gemeldet hatten, ab. Bei der Festnahme des Köster und seiner Ehefrau wurden noch viele ergaunerte Waren und 700 Mark bares Geld gefunden. Der Kreis der Geschädigten konnte bisher bei weitem nicht erfasst werden.



**Braun Box calf 14<sup>90</sup>**  
**MÄNNER**  
finden Qualität bei  
**Wetnet**  
Danzig — Langfuhr — Zoppot

## Die Polizisten von Delhi

### Von Rudyard Kipling

Sahib, deine Augen sehen heute so unruhig und die Nase legt sich wie eine heimtückische Kobra auf das Gehirn. Damit dein geplogter Kopsi Kraft habe, sich von der Schlange zu befreien, will ich dir eine Geschichte erzählen. Die Geschichte von den tapferen Polizisten von Delhi.

Ich will eine wahre Rede reden, damit du sagen kannst: „Mein Diener Singh war eine Leuchte unter den Polizisten!“

Es ist wahr, ich wurde mit großer Schande davongejagt. Aber das Unheil kam über alle Pathans und traf am schwersten die Wache von Gwahl. Du weißt, Sahib, das liegt an der Straße nach Gwahl, wo die vielen Räuber sind. Aber wir waren lauter tapfere, starke Männer, lauter Helden, und darum haben auch wir diese schwere Aufgabe erhalten. Tag und Nacht wachen wir und jagen mit unserer Tapferkeit die Räuber ins Dickicht. Du läst, du glaubst es nicht, Sahib? Nun, ich will dir eingestehen, daß wir wohl mutiger und tapferer als die Salunkes waren, aber diese Verbrecher waren viel schlauer als die stolzen Hüter der Ordnung und ließen sich von uns nicht bliden. Uns war das eigentlich ganz recht, denn es war in der heißen Zeit und man hat da wenig Lust zu Heldentaten. Was tut aber der Mensch am besten in der heißen Zeit? Er schläft. Und so schickten wir einen Unterhändler zu den Räubern und vereinbarten mit ihnen: „Laßt uns in Frieden, damit wir auch noch in Frieden lassen!“ Diese waren selbstverständlich mit Freuden einverstanden, denn sie hatten wohl von dem Mut und der Beweglichkeit meines Dieners gehört. Wir aßen Melonen und schliefen. Wie süß sind doch die Melonen von Gwahl, und tausendmal süßer war unser Schlaf.

Da war aber ein Sahib Unterkommissar, der hatte den Teufel im Leib. Er hatte tausend Augen und huckte wie ein Tiger durch das dichteste Dschungel. War er heute morgens in Seetaran, konnte er abends schon in Fahlbar sein, gut dreißig Meilen weiter. Er hatte kein Pferd und hatte keine Zeit. Er lag auf einer blanken, glühenden Teufelsmaschine durch das Land. Ich weiß nicht, wie Sahibs diese Maschine nennen, er ritt es auf zwei silbernen Rädern und trieb es mit seinen Füßen an. Der Schatten eines springenden Affen ist nicht lautloser als diese Teufelsmaschine. Er war da oder war dort, kriech ein Schreiben an Sahib Oberkommissar, und der Skandal war fertig. So kamen die geheimnisvollsten Sachen ans Licht. Du launst den Einnehmer von Kopsi nach ihm fragen; nein, das kannst du nicht, denn der kommt nun schon lange.

Es war nachts, und wir waren vor lauter Nichtstun

schrecklich müde geworden. Wir hatten vorher gut gegessen und getrunken. Es waren Kaufleute am Abend vorher durchgezogen, die hatten uns, freigeigig wie Kaufleute bei vorgehaltenem Gewehr schon sind, reich beschenkt. Wir legten uns wieder und schliefen, wie man eben bei gutem Bewissen schläft, fest und tief.

Als wir gegen Mittag des nächsten Tages erwachten, waren unsere Gewehre fort. Auch das große Wachtbuch, das der Anführer verwahrt, war fort. Als wir das bemerkten, schrien wir vor Angst wie geblöhlende Fatire. Dann saßen wir uns und sprachen einander Mut zu. Wir verdächtigen die treubruchigen Räuber, daß sie uns diesen Streich gespielt hätten und verzögerten uns erste den Unterhändler, der seine Sache so schlecht gemacht hatte. Dann berieten wir über einen Plan. Da sprach unser Anführer auf, — er war vor seiner Polizeitätigkeit Schmuggler gewesen und kannte daher tausend Kriffe und Schliche — und sagte:

„Diesmal ist unter Gwahl quer durch das Feld geklauen, Brüder. Aber ich weiß einen Ausweg, damit nicht unsere Füden unter Peitschenhieben sich krümmen müssen und damit wir den heiligen Brunnen diese schwere Last unserer Körper erparen können. Bringt hurtig wie ein junges Tier ein Kalb oder Füllen oder ein Schindgen. Und dann wollen wir uns zu Hecken machen, damit der Sahib Oberkommissar uns beloh!“

Wir verstanden natürlich sofort, was der Salunk wollte. Dann sprach der Anführer und wir mußten das Gesagte anscheinend lernen:

„Hundert Räuber kamen aus dem Busch. Es kam zu einer großen Schlacht, aber unsere Tapferkeit siegte. Wer keiner von uns kam unverwundet davon. Dies ist die Geschichte für den Oberkommissar. Jeder war sie nach seinem Gutdünken und seiner Phantasie vervollständigen. Jest wollen wir aber dem Tatbestand ein wenig nachhelfen. Die Gitter des Fensters werden zerbrochen und die Scheiben zertrümmert!“ Und die Pferde wurden wohl hundertmal durch die Hecker und Felder getrieben, daß es nach einer Schlacht ankam.

Wir schlachteten ein Füllen und besprigten uns und die ganze Umgebung mit Mut. Dann schlugen wir uns tief, es ausbleibende, aber ungeschlagene Wunden. Du weißt doch, Sahib, daß ein Renner die Wunden von eigener Hand leicht von denen, die der Feind geschlagen hat, unterscheiden kann. Also ließ uns der Anführer im Kreis antreten und schlug uns schwere Wunden. Wir haben so zertrümmert aus, daß ich hätte beschwören können, ein Kampf war da mit vielen, vielen Toten. Dann sandten wir einen Boten zum Sahib Oberkommissar. Wir flugen einzuweisen ein paar unglückliche Dorfbewohner und warfen ihnen vor, die Räuber gemeldet zu sein. Sie wollten es erst nicht glauben, aber ein

paar Peitschenhiebe und einige Schläge mit dem Säbel des Anführers verschafften ihnen schnell die Erinnerung.

Der Bote kam zum Sahib Oberkommissar und erbleichte, denn neben dem hohen Herrn stand der verfluchte Teufel mit seiner Maschine und lachte höhnisch. Der Bote stammelte seine Geschichte und seine Angst war so groß, daß sie der Oberkommissar für Nachwirkung des Kampfes hielt und schon geneigt war, zu glauben. Da sagte der Unterkommissar, und seine Stimme klang wie Stahl:

„Sund, du kannst diese Lügengeschichte beschwören?“ Unser Bote schwor, denn das Blut des Kampfes war kaum auf seinem Körper getrocknet, und er sah, an den Augen des hohen Herrn, daß er den Worten glaubte. Dann wurde unsere Wache abgelöst, und der Anführer zog mit uns, seinen Helden, im Triumphzuge in Delhi ein und führte wohl an neunzig Gefangene mit sich. Zum Räuberhauptmann hatte er einen Bayern gemacht, auf dessen Weis er schon lange seine Augen geworfen hatte.

Der Sahib Oberkommissar lobte uns und fragte dann sehr streng den Teufel, warum er nie eine Räuberhand nach Delhi bringe. Und wir sahen ob dieser Worte den Gesichtsausdruck frech an und saßen alle Furcht verloren.

Der Unterkommissar sprach kein Wort, er führte seinen Vorgesetzten und uns zu einer kleinen Kammer, in der unsere Gewehre und das große Polizei-Wachtbuch lagen. Ich war nicht mitgegangen, denn ich hatte an dem Gesicht des Tigers erkannt, daß er etwas in Schilde führte.

Glaube mir, Sahib, es war sehr klug von mir, denn ich hörte das Schreien und die Beschle des hohen Herrn und hörte auch das Brüllen meiner gepflügten Kameraden. Ich konnte mir den Vorgang ganz gut zusammenreimen. Der Tiger war noch auf seinem Teufelswagen gekommen und hatte uns Gewehre und Wachtbuch weggeholt. Ist es nicht eine Schande, Sahib, wenn ein hoher und stolzer weißer Herr zum Dieb wird, um ein paar arme, müde Pathans für ein paar Stunden Schlaf zu bestrafen?

Ich verurteilte dieses Vergehen und legte meine Stelle als Polizist nieder. Im Hofe fand ein verrenntes Pferd, das sich nach einem Reiter sehnte. Ich lief zu der Stute und ritt davon. Tagelang, wochenlang war der Tiger hinter mir her. Doch der Segen Gottes, der mit allen gerechten Menschen ist, ließ mich entkommen. Die schweren Körper meiner unglücklichen Kameraden aber stelen den heiligen Brunnen an der Mauer von Delhi zur Last.

Dies ist die Geschichte von den tapferen Polizisten von Delhi. Ich sehe, sie hat die Schlange von deinem Kopsi verschluckt. Dein Gehirn ist frei und klar und die heimtückische Kobra der Hitze ist tot. Sahib, warum lachen deine Augen so merkwürdig?

(Vereinigter Uebersetzung aus dem Englischen von Kurt B. B. B.)



Devisenkontrolle an der polnischen Grenze

Eine Verordnung des Finanzministers

Das polnische Finanzministerium hat eine Ausführungsverordnung über die Devisenkontrolle an der Grenze erlassen...

Die Ausfuhr von Floz ist nur in Hartgeld und nicht in Banknoten erlaubt.

Passagiere von Autobussen, die über die polnische Grenze verkehren, wie z. B. in Dirschau, oder im Verkehr Zoppot-Gdingen...

Vorbereitende Besprechungen zwischen Danzig und Polen

Nach Erklärung der Industrie- und Handelskammer zu Danzig haben dort im Hinblick auf die in den nächsten Tagen zwischen Vertretern Danzigs und Polens stattfindenden Besprechungen...

Die Besetzung des Warenverkehrs-Ausschusses

Durch Verordnung vom 7. Mai ist bekanntlich ein Warenverkehrsausschuss zur Kontrolle des Warenverkehrs Polens mit dem Auslande und mit Danzig bestellt worden...

Leicht gestiegener Devisen- und Goldvorrat

Der erste Ausweis der Bank Polst nach der Devisenwirtschaft

Der Goldvorrat der Bank Polst hat sich in den ersten zehn Tagen des Monats Mai um 0,8 Millionen Floz auf 381,4 Mill. Pl. erhöht...

Weil er die Fahne nicht grüßte

Empfänger der Rohheitsakt vor dem Café Derra

Vor dem Café Derra war am Mittwoch eine Abteilung SA und SS mit der Fahne aufmarschiert. Eine Gruppe Passanten passierte unangesprochen die Fahne...

Die Stimmung bei Schichau

Ein ausführliches Gespräch mit Förster

„Alle Kämpfer“ der NSDAP waren dieser Tage im Café Derra zu einem Kameradschaftabend versammelt. Gang und breit hatte der „Borposten“ darüber berichtet...

Norwegische Schiffsaufträge für Danzig?

Nach Meldung der „Gazeta Odrodza“ hat die Danziger Werft von einer norwegischen Reederei Auftrag zum Bau zweier Motorboote von 2000 und 3500 Tonnen erhalten...

Wieder angeliefert. Dieser Tage ist die Reparatur des polnischen Schiffs „Dar Pomorza“ auf der Danziger Werft beendet worden.

Ausflaute über Expeditionsmöglichkeiten für Ungarn. Zusammen mit der ungarischen Sonderdelegation, die zwecks Teilnahme an der Einweihung des neuen polnischen

Schiffes „Batorn“ Gdingen besucht. In dort auch Dr. v. Steiner, der Vertreter der Polnischen Staatsbahnen und der Häfen Danzig und Gdingen in Budapest eingetroffen...

Nächtliche Ausschreitungen in Zoppot

Ein Jaun wurde demoliert

In der Nacht von Montag zu Dienstag ist in Zoppot, Ecke Hubertusallee/Königsstraße, mit viel Geschrei ein Jaun demoliert worden. Es handelt sich um einen starken Zementjaun eines Hauses...



Mit zwei Hosen in den Frühling!

Man kann ihn noch so sehr strapazieren, den vierteiligen Sportanzug — die zweite Hose hängt „für alle Fälle“ sauber und glatt bereit. Haben Sie sich das nicht schon oft gewünscht?

ISRAELSKI Die altbewährte Einkaufsquelle Breitgasse 123/4, Ecke Junkergasse

Unser Wetterbericht

Wolkig, teils heiter, dieß und küstennah, kühl. Allgemeine Übersicht: Der hohe Luftdruck im Norden hat sich weiter verstärkt und bis zum südlichen Ostseegebiet ausgedehnt...

Polizeibericht vom 15. Mai 1933. Festgenommen sind 9 Personen, davon: 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Trunkenheit, 2 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Brandstiftung...

Danziger Standesamt vom 12. und 13. Mai 1933. Sterbefälle: Infante Karl Staschid, fast 68 J. — Tochter des Arbeiters Helmuth Nummer, fast 1 J. — Kaufm. August Herbert Wischniewski, 28 J. — Ehefrau Kathilde Ruchter geb. Petke, 61 J. — Inspektor i. R. Paul Berner, 85 J. — Handelsvertreter Otto Schönfeldt, 67 J. — Arbeiter Otto Volbt, 58 J. — Arbeiter Heinrich Dörts, 68 Jahre.

Für ein Ostsee-Statut

Die baltischen Staaten und die europäischen Probleme

Die Unsicherheit über die Entwicklung der europäischen Verhältnisse führt allenthalben zu Konferenzen, Besprechungen und Abmachungen zwischen verschiedenen Staaten...

In gemeinsamer politischer Arbeit kam es aber erst wieder im April 1934, als mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland die außenpolitischen Probleme Europas erneut aufgerollt und zur Debatte gestellt wurden.

Am 12. September 1934 wurde der Baltische Pakt offiziell konstituiert, indem sich die Regierungen der drei Länder verpflichteten, zu allen den Ostpakt betreffenden Fragen gemeinschaftlich Stellung zu nehmen...

und der Beschluß gefaßt, sich im Falle eines Angriffs gegenseitig Hilfe zu leisten.

Diese eindeutige Richtung der baltischen Außenpolitik wurde durch den Abschluß des britisch-deutschen Flottenabkommens weiter verstärkt. Die mit der Verlagerung der maritimen und politischen Kräfteverhältnisse in Nord- und Nordosteuropa entstandene Besorgnis, daß die Ostsee nunmehr zu einem rein deutschen Meere werden würde...

Mitte vorigen Jahres trat dann plötzlich ein Umwälzung in der außenpolitischen Haltung des Baltischen Pakts ein. Rumänien, Litauen und Neval folgten nicht dem Beispiel Polens; die baltischen Regierungen lehnten es ab, dem mit dem französisch-russischen Abkommen verbundenen Protokoll beizutreten...

Diese Distanzierung von den Ostpaktplänen erreicht zu haben, ist ein Erfolg der polnischen Diplomatie.

Die im vorigen Sommer direkt und mit Unterstützung Frankreichs eine außerordentliche Aktivität entfaltete, um die baltischen Staaten zu einer Revision ihrer außenpolitischen Haltung zu veranlassen. Die Besorgnis der baltischen Regierungen vor einem weiteren Umwälzen des sowjet-russischen Einflusses im Ostseegebiet, das der offene Anschluß an den französisch-russischen Pakt mit sich bringen könnte...

Die baltische Distanzierung vom französisch-russischen Pakt ist ein Erfolg der deutsch-polnischen Diplomatie, aber es wäre verfehlt, hieraus bereits weitergehende Schlüsfolgerungen zu ziehen.

Für die einander gegenüberstehenden Gruppierungen der Großmächte steht die Partie in Nordosteuropa jetzt unentschieden. Die Staaten des Baltischen Pakts werden bis zuletzt bemüht bleiben, ihre Unabhängigkeit nach beiden Seiten hin zu wahren. Nach dem Scheitern eines generellen Ostpakt werden sie vermutlich nunmehr den Gedanken einer Neutralisierung der Ostsee und der finnischen Bucht zur internationalen Debatte stellen.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Norw. D. „Alvare“, ca. 18/17. 5. fällig, Kam.; dt. MSch. „Mangon“, 15. 5. von Steffen, Leer, Bergenfse. Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Derpin“, „Mager“, „Trollholm“ und „Bega“.

Wasserstandsnotizen der Stromwechself

Table with columns for dates (14. 5., 15. 5.) and water levels for various locations (Thorn, Gdorn, Gdum, Graudenz, Ruzsgrad, Pratau, Jawisch, Danzschau, Bloch) and their changes.

